

Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 M.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Inhalt: Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Die elektrotechnische Industrie. — Zur Generalversammlung des D. M.-V. (Schluß). — Zum Ausbau des D. M.-V. — Korrespondenzen. — An die bei Färbmeistern arbeitenden Bau- und Kunstschorfgesellen Dresdens. — Berliner gebundenes Mandat.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten: von Formern und Gießereiarbeitern nach Brandenburg a. d. H. (Reichstein), nach München St., nach Dinglingen in Baden und Stuttgart (C. Häusler) St.; von Gießgießern, Drehern und Gürtlern nach Hamburg (Fleiß Sohne); von Klempern nach Flensburg (Blechwarenfabrik Chr. F. Möller), nach Dessau (C.); von Arbeitern der Fahrzeugbranche nach Halensee bei Berlin (Sturm Vogel); von Klempern nach Offenburg i. Bad. (Gießnermeister und Installateur Adolf Burg); von Arbeitern der Lampenbranche nach Neustadt a. d. Orla (Carl Berthold); von Huf- und Wagenschmieden nach Karlsruhe i. Baden L. u. Nürnberg L.; von Feilenhauern nach Hohenstein-Ernstthal (Rich. Berger); von Bauschlossern nach Karlsruhe (Ph. Kreis, L. Mees).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, alle übrigen nur gesperrt; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L. heißt: Sohnbewegung.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Unter Hinweis auf unsere frühere Bekanntmachungtheilen wir hierdurch mit, daß die

III. ordentliche Generalversammlung
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
in Braunschweig im „Hofjäger“ stattfindet und
Dienstag, den 20. April 1897, Morgens 8 Uhr
eröffnet wird.

Für dieselbe ist nachfolgende Tagesordnung mit den bestehend ausgeführten Referenten bestimmt.

Tagesordnung:

- 1) Konstituierung der Generalversammlung und der Kommissionen.
- 2) Berichte des Vorstandes und des Ausschusses. Referenten: A. Schlicke und A. Peterhans.
- 3) Ausbau unserer Organisation:
 - a) Beitragsleistung.
 - b) Unterstützungsweise. Referent: M. Segiz-Fürth.
 - c) Streiks. Korreferent: A. Peterhans-Fraatz.
 - d) Arbeitslosenstatistik.
- 4) Verbandsorgan. Referent: J. Scherm-Nürnberg.
- 5) Statutenberatung.
- 6) Bericht vom 11. deutschen Gewerkschaftskongress in Berlin. Referent: C. Breden-Nürnberg.
- 7) Bestimmung der Sitze des Vorstandes und des Ausschusses und Wahl der Verbandsbeamten.
- 8) Regelung sonstiger Verbandsangelegenheiten.

Ausgeschlossen werden wegen Streikbruchs auf Antrag der Formen in München:

Die Formen: Mathias Kaufmann, geb. zu Aalen am 15. Dezember 1851, Buch Nr. 100 554; Sebastian Blum, geb. zu München am 16. Juni 1847, Buch Nr. 132 599.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an
Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1,
zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu benennen,
wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

* * *

Der Verstand.

* * *

Der Klemperer Oeff. Rühnel wird um Angabe seiner Adreße gebeten. Ortsverwaltungen bezügl. Verfolzungsfälle müssen eventuell hiezu beihilflich sein.

Den Delegirten zur Nachricht!

Am Montag, den 19. April, ist das Empfangskomitee, kennlich an blaugelben Schleifen, bei jedem Zug am Bahnhofe anwesend.

Da bis jetzt erst sehr wenig Logis bestellt sind, so eruchen wir, dies umgehend zu besorgen, oder sich bei Ankunft in Braunschweig sofort an das Lokalkomitee zu wenden. Logis sind in der Nähe des „Hofjäger“ in genügender Zahl reservirt.

Mit Gruß

Das Lokalkomitee.

J. A. H. Hellstein. Braunschweig 1. Bertramstr. 1.

Nürnberg, 10. April 1897.

Inserate die dreigesparte Petitzeile oder deren Raum 30 M.
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Zur Beachtung!

Der Osterfeiertage und der Generalversammlung des D. M.-V. wegen bitten wir, alle für die am 24. April erscheinende Nr. 17 bestimmten Berichte, Anzeigen etc. so zeitig abzusenden, daß sie Freitag, den 16. April, in unseren Händen sind.

Die Redaktion.

Die elektrotechnische Industrie.

Der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre trug natürlich auch zur Weiterentwicklung der elektrotechnischen Industrie wesentlich bei, die ohnehin in stetiger Ausdehnung begriffen war. Ende 1896 erregte der Plan der Kartellirung der beiden Berliner Niesenunternehmungen: der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und der Aktiengesellschaft Ludwig Löwe u. Co. allgemeines Aufsehen. Erstes Unternehmen wurde aufgangs der achtziger Jahre mit einem Grundkapital von 5 Millionen Mark gegründet, dasselbe aber wiederholt bedeutend erhöht, so daß es 1895 22 Millionen, Ende 1896 25 Millionen Mark betrug. Dividenden an die Aktionäre wurden 1891/92 7½ Prozent gleich 1,5 und 1895/96 13 Prozent gleich 2,86 Millionen Mark vertheilt. Der gesamte Geschäftsgewinn für letzteres Jahr bezifferte sich aber auf 5,818,645 M (1894/95: 4,035,867 M), wovon viel für Reserve und Abschreibungen verwendet wurden. Die Zahl der Arbeiter, welche in dem Berliner und den übrigen in- und ausländischen Etablissements beschäftigt ist, beträgt 6711 gegen 5121 in 1894/95. Ueber die Beschäftigung sagte der Bericht: Wie die Maschinenfabrik waren die übrigen Werkstätten voll beschäftigt, so daß durchweg in Doppelschichten gearbeitet werden mußte. Die Glühlampenfabrik hat rund 600,000 Lampen mehr als im Vorjahr erzeugt; die Produktion derselben könnte im Bebarfsfalle auf das Doppelte vermehrt werden. Be treffs der Glühlampen äußert sich der Bericht dahin, daß der Preis derselben entgegen der Ansicht vieler Fabrikanten außärnlich sei. 34 Straßenbahnen des Systems der Gesellschaft besaßen sich Ende Juni d. J. theils im Betriebe, theils im Bau. Die Bahnlänge derselben ist von 383 Kilometer auf 533 Kilometer, die Zahl der Motorwagen von 680 auf 918 gestiegen. Bei Abschluß des Geschäftsjahrs hatte die Gesellschaft noch mit 14 Bahnen Verträge abgeschlossen, bezüglichweise in der Vorbereitung. In weiteren Zentren der Gesellschaft sind fertiggestellt: Sevilla, Magdeburg und Dödesheim; die ersten beiden mit je 1400 Pferdekraft. In Magdeburg und Straßburg werde mit der Gründung selbständiger Aktiengesellschaften zur Übernahme der Werke demnächst vorgegaugen werden. Voraussichtlich in diesem Winter wird die Zentrale Oberspree eröffnet, deren Leistungsbuch sich bereits auf so weite Versorgungsgebiete erstreckt, daß die Gesellschaft den weiteren Ausbau bis 6000 Pferdekraft im nächsten Jahre durchführen wird. Umfangreiche Erweiterungsarbeiten werden gegenwärtig wieder für die Berliner Elektrizitätswerke ausgeführt. Von öffentlichen Subventionen hat sich die Gesellschaft, wie es in dem Bericht heißt, ferngehalten, weil sie bei Durchführung ihrer Projekte größeren Wert auf wirtschaftlichem Betrieb, als auf billige Herstellung der Anlage zu legen gewohnt ist, und es im Wettbewerb selten gelinge, diesen Gesichtspunkten Geltung zu verschaffen. Während 1894/95 2000 Maschinen mit ca. 30,000 Pferdekästen erzeugt wurden, waren es 1895/96 4000 mit 74,000 Pferdekästen. Die Löwe-Gesellschaft hat 7½ Millionen Aktien- und 5,67 Millionen Obligationenkapital, zusammen über 13 Millionen. Sie machte 1891 2,047,775 M, 1895 2,958,282 M Gewinn und zahlte 18 resp. 20 Prozent Dividenden. Der Elektrotechnik hat sich die Löwe-Gesellschaft erst in den letzten Jahren zugewendet,

aber damit schon ziemliche Bedeutung erlangt. In Spanien und Italien hat die Allgem. Elektrizitäts-Gesellschaft festen Fuß gesetzt, in Belgien die Löwe-Gesellschaft, während in Österreich und Russland beide Gesellschaften einander in die Quere kommen.

Beide Gesellschaften hätten eine Kapitalsumme von 44 Millionen Mark repräsentirt, indeß verschlug sich das Projekt der Kartellirung beider Niesenunternehmungen und zwar in Folge Ablehnung seitens der Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft. Dafür erhöhte diese ihr Obligationenkapital von 13 auf 18 Millionen und im Januar 1897 und in den letzten Wochen wurde der Entschluß gefaßt, auch das Aktienkapital von 25 auf 35 Millionen zu erhöhen, so daß die Gesellschaft sodann mit 53 Millionen „arbeitet“, eine Kapitalsumme, wie sie wohl nur wenige Unternehmungen aufzuweisen vermögen. Daß aber auch in der elektrotechnischen Industrie nicht immer nur lauter Sonnenchein sein wird, daran hat in der Generalversammlung der Allgem. Elektrizitäts-Gesellschaft der Vorsitzende Dr. Siemens erinnert, als die Aktionäre 14 statt 13 Prozent Dividenden wollten und die starke Ansammlung von Reserven bekämpften. Er meinte, daß auch in der elektrischen Industrie die glänzende Geschäftsrückitung nicht ewig dauern werde und wenn erst alle Städte elektrische Beleuchtung und elektrische Bahnen hätten, dann die Gesellschaft auch zu weniger lohnenden Aufträgen greifen müssen, um das Heer ihrer Arbeiter zu beschäftigen.

Soweit sind wir indeß jedenfalls noch lange nicht und vorläufig wird noch weiter gegründet und halten sich die Aktien der meisten elektrischen Unternehmungen auf bedeutender Kurshöhe. So wurde in Frankfurt a. M. die deutsche Gesellschaft für elektrische Unternehmungen mit 5 Millionen Grundkapital gegründet. Die Gesellschaft beabsichtigt, die Finanzierung des Elektrizitätswerkes Gersthofen bei Augsburg zu übernehmen, welches eine Wasserkraft von 5000 Pferden ausnützen will in Gestalt von Abgabe an Kraft und Licht an die Industrie in der Umgebung Augsburgs. In Berlin ist die Gesellschaft „Siemens“ für elektrische Betriebe mit 2 Millionen Grundkapital errichtet worden. Mit 500,000 M wurde in Kiel die „Baltsische Elektrizitäts-Gesellschaft“ gegründet; in Karlsruhe eine Gesellschaft für elektrische Industrie; in Basel eine Gesellschaft für Kohlen-Elektroden-Industrie mit 300,000 Franken; ferner in Berlin das elektrische Geschäft von Felix Singer u. Co. in eine Aktiengesellschaft umgewandelt; in Frankfurt a. M. eine Gesellschaft für elektro-metallurgische Produkte gegründet usw. Als Zweck der meisten dieser Gesellschaften wird bezeichnet: Die Entwicklung (Ausbeutung) elektrischer Geschäfte aller Art, insbesondere der Erwerb von Konzessionen für die Errichtung von Zentralen für Beleuchtung und Kraftübertragung, die Wachttung, der Aufkauf und Ausbau von Wasserkräften zum Betriebe solcher Zentralen, der Aufkauf bestehender Bahnen zwecks Umwandlung auf elektrischen Betrieb, der Erwerb von Konzessionen für elektrische Bahnen, die Errichtung elektrischer Einzelanlagen für eigene oder fremde Rechnung, sowie der Verkauf der errichteten oder erworbene Anlagen; ferner der Erwerb, die Veräußerung, Pachtung, Verpachtung und Verleihung von Ländereien, Gebäuden, Grund- und Wassergerechtigkeiten, soweit solche mit vorstehenden Geschäften in Zusammenhang stehen, jegliche Art von Kapitalbeleihungen bei Unternehmungen, welche diese Geschäfte zum Gegenstand haben, und der Kauf, Verkauf und die Beleihung von Aktien und Gesellschaftsanteilen von Elektrizitäts- und Straßenbahn-Gesellschaften, sowie von Forderungen an solche. Gegenüber diesen vielseitigen Zwecken erscheint das auf 2 Millionen Mark bemessene Grundkapital verhältnismäßig gering, weshalb vielleicht die Annahme Berech-

tigung hat, daß die neue Gesellschaft auf anderem Wege weiteres Kapital beschaffen wird.

Vielfach haben bestehende elektrische Unternehmungen ihre Kapitalien vermehrt oder verschiedene Umwandlungen vorgenommen. So hat z. B. die Bassler Gesellschaft für elektrische Industrie ihr Grundkapital von 10 auf 17½ Millionen Franken vermehrt.

Was die Kurssteigerungen der elektrischen Aktien betrifft, so führen wir als Beispiel nur die Aktiengesellschaft Bergmann u. So. in Berlin für Isolierleitungsbüro und Spezial-Installationsarbeiten für elektrische Anlagen an, welche ihre Aktien mit 190 bis 195 Prozent an der Börse einführt, deren Stand aber nach einem Monat 230 Prozent betrug. Die Fabrik sei mit Aufträgen derart überhäuft, daß sie an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist. Von guter, ja überreicher Beschäftigung wissen auch die anderen Gesellschaften zu berichten.

An Dividenden zahlten die Aktiengesellschaft Helios für elektrisches Licht und Telegraphenbau in Köln-Gremfeld 14 Prozent, elektrische Straßenbahnen in Breslau 8 Prozent, Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin 7½ (1895: 7 Prozent) gleich 1,687,500 M (1,050,000 M) aus einem Gesamtgewinn von 2,038,159 M (1,516,788 M), Akkumulatorwerke System Pollack, Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M. 6 Prozent usw. Da die meisten der Unternehmungen einerseits sehr große Rücklagen in den Reservestonds machen, andererseits ihren Wirkungskreis mit Verwendung bedeutender Summen immer mehr ausdehnen, so halten sich die Dividenden vielfach niedriger, als sie die Aktionäre anderer Unternehmungen erhalten. In einigen Jahren, wenn alle Betheiligungen fruchtbar werden, wird die elektrische Branche hohe Dividenden zahlen. Dafür spricht die Haltung der Börse, welche die elektrischen Papiere zu hohen Kurzen hantelt, was bei ihrer feinen Witterung bedeutet, daß diese Papiere nicht bloß einen innerlich hohen Wert haben, sondern in naher Zukunft reichliche Enträge abwerfen werden.

Daraus, sowie aus der reichlichen Beschäftigung der elektrischen Industrie folgt, daß auch die Arbeiter, welche in derselben arbeiten, auf gute Arbeitsverhältnisse, wie kurze Arbeitszeit und auskömmlichen Arbeitslohn berechtigten Anspruch haben. Mögen sie sich nur allerorten gut organisieren und ihre Wünsche mit Nachdruck geltend machen.

Bur Generalversammlung des D. M.-B. (Schluß aus Nr. 13.)

I. Das Unterstützungsangebot.

Die Steuunterstützung hat wieder den größten Happen geschafft — so tief Gen. Peterhans in Nr. 6 aus. Die in voriger Woche erschienene Jahresabschöpfung pro 1896 hat diese Behauptung widerlegt. Gen. Peterhans hätte zu der Zeit, als er seinen damaligen Artikel schrieb, genau so gut wie wir annehmen müssen können, wie groß der „Happen“ gewesen ist. Aber seine Behauptung sollte eben nur das Graseln vor der Arbeitslosenunterstützung herborruhen resp. steigern. — Peterhans macht in Nr. 6 auch einen Ratsam, etwas von der „Walz“ zu sagen, auf der er gewesen ist. Leider ist ihm aber das Wort im Mund stunden geblieben. Und wir hätten doch zu gerne von ihm gehört, wie er sich durchgesuchten, nachdem die „Muttergräßen“ oder seine „Erspartnisse“ aufgezehrt waren. — Die Art und Weise, wie die Gen. Peterhans und Bormann über die reisenden Verbandsmitglieder urtheilen, ist einfach verliegend! Dem Gen. Peterhans ist auch die Arbeit ein Streit, die mit der Auszahlung der Steuunterstützung „vergneigt“ wird. Je neu, bei den Gewerkschaften möglicherweise allerlei Kleinarbeit gemacht werden. Aber die nach Peterhans‘ Angabe in 5 Jahren gemachten 80,000 Aufnahmen mit dem Ergebnis von 12,000 gebliebenen Mitgliedern sind bei ihm keine einzige Arbeit! Der Urteil ist dieser Fabrieknfacht, die bei Aushebung der Steuunterstützung noch größer würde, nachzuordnen, wäre möglichst als zu wertlos zu schätzen. Wir würzen den Stein des Berg hinan und oben angekrochen, jüngst er uns wieder hinab in die Tiefe. Kann bei der erstaunlichen Fluktuation von einer unzähligen Größenzahl der Arbeiter in den Gewerkschaften die Stelle sein? Die Bewegungsspitzen im Mitgliederstand des Vorjahrs sollten allein schon zu deuten geben. Ja. 26,000 Aufnahmen wurden vollzogen und davon sind ca. 20,000 Mitglieder wieder abgefallen! Ist es nicht in Wirklichkeit Sapphoarbeit geleistet worden? Und wie soll das eilt werden, wenn die gegenwärtige gefährliche Prosperität einer Depression weicht?

Wir brauchen also, um die gewonnenen Mitglieder in unseren Reihen zu halten, ein Bindemittel; dann können wir den bedauerlichen Ereignissen, wenn auch nicht ganz so doch in bedeutendem Grade vorbergen.

Dieses Mittel erblicken wir in der Arbeitslosenunterstützung.

Alle Einwendungen, die dagegen erhoben wurden, erklären wir für ungünstig. Mit den „prinzipiellen“ brauchen wir uns nicht beschäftigen. — Es wird eingewendet, in unserem Verbande wäre die Einführung der Arbeitslosenunterstützung unmöglich, weil die Metallindustrie kein begrenztes Produktionsgebiet sei. Warum haben aber gerade die englischen Metallarbeitergewerkschaften auf diesem Gebiete das Hervorragendste geleistet? Auf je breiteren Schaltern das Risiko verteilt wird, desto ungefährlicher ist das „Experiment“, desto leichter ist die Last zu tragen, umso weniger machen sich Schwankungen bemerkbar. In der Metallindustrie gibt es verhältnismäßig wenig Saisonarbeiter, aber selbst bei diesen erreicht die relative Arbeitslosigkeitsziffer nicht den Grad wie in anderen Saisonberufen. Nach der amtlichen Arbeitslosenstatistik vom Jahre 1895 waren aus anderen Gründen als Krankheit (vorübergehende Arbeitsunfähigkeit) arbeitslos in den Berufen

	im Sommer	im Winter
	Proz.	Proz.
Maurer	1,41	18,71
Staubmäuler	2,38	17,31
Maler und Bildhauer	4,00	13,52
Tapizierarbeiten	5,30	10,91
Zimmerer	1,32	9,36
Löpfer	1,73	6,33
Steinmeijen	0,88	5,33
Elektrotechnik	1,49	2,89
Schlosser	2,30	2,83
Klempner	1,98	2,87
Spielwaren aus Metall	0,81	0,52

Man kann uns also nicht schreien mit den „Saison“-arbeitern in der Metallindustrie, namentlich aber nicht mit der Fahrtradbranche. Der Wunsch, daß einmal in einer derartigen Fabrik größere Arbeiterentlassungen vorkommen, beweist gar nichts, denn es kommt nicht auf die Entlassung an, sondern auf die Dauer der Arbeitslosigkeit der Entlassenen. Die Arbeiter der Fahrradbranche, Schlosser, Dreher sc., können auch in anderen Zweigen arbeiten.

Gen. Mane meint (Nr. 5), ohne Änderung der Organisationsform wäre bei uns die Einführung der Arbeitslosenunterstützung unmöglich. Wie deutl. et fñ diese Änderung? Sollen wir etwa unsern Verband zu Gunsten der Gründung von Branchenverbänden auflösen? Wenn es ein Mittel gibt, die bestehenden Branchenverbände zu uns herüberzuziehen, oder wenigstens ihre Ausbreitung zu hindern, dann ist es die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im D. M.-B.

Ein anderer Einwand ist die „technische Revolution“, welche die Einstellung zahlreicher Hilfskräfte begünstigte, unter deren Konkurrenz besonders die Metallarbeiter zu leiden hätten. Das ist nur bis zu einem gewissen Grade richtig und es ist nicht anßer Acht zu lassen, daß die technische Revolution auch in anderen Industrien ihre Wirkungen äußert. Und gerade die Metallindustrie ist es, welche die anderen Industrien revolutioniert hat und noch weiter revolutioniert und sich dadurch fortwährend neue Absatzgebiete schafft. Wir erzielen nur an die Entwicklung der Elektrotechnik. Die Zahl der „Hände“, auch der geleserten, hat in der deutschen Metallindustrie seit 1882 eine Steigerung erfahren wie in keiner anderen Industrie, einfach aus dem Grunde, weil die technischen Verbesserungen immer neue Verdienste erzeugen und befriedigen. — Unter der Konkurrenz der Hilfsarbeiter haben die Arbeiter anderer Industrien nicht minder und sogar noch mehr zu leiden wie die Metallarbeiter. In der Metallindustrie sind sehr viele Hilfsarbeiter thätig (Maschinisten, Hobler sc.), deren Arbeiten innerhalb nicht von jedem von der Stütze ausgelebten Taglohn ohne weiteres verrichtet werden können.

Man hat auch von schwierigen Erfahrungen gesprochen, welche die englischen Gewerkschaften in den Zeiten der Krise machten. Es ist aber doch ganz natürlich, daß sich im Lande des Kapitalismus per excellence auch die Auswüchse der kapitalistischen Produktionsweise am intensivsten bemerkbar machen. Allein trotz der „schwierigen Erfahrungen“, welche die engl. Gewerkschaften 1879 und Anfangs der 90er Jahre machten, geben sie die Arbeitslosenunterstützung nicht auf, weil sie es war, welche ihnen die Krise erfolgreich übersehen half. Und heute stehen die englischen Gewerkschaften wichtiger als jeals da.

Man hat ferner, nicht zufrieden mit der absoluten ohnehin bestehenden Arbeitslosigkeit, verlangt, die Arbeitslosigkeitsziffer willförmig höher zu greifen. Das Unzulängliche dieses Berichts ist bereits von anderer Seite erörtert worden.

Ein Punkt ist es aber, der in der ganzen Diskussion noch von keiner Seite gefreist wurde, der von

besonderer Wichtigkeit ist: es ist die Frage noch nicht beantwortet, welche Zahl von Mitgliedern jeweils den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben würde. In dieser Beziehung liegen von Gewerkschaften Resultate vor. Bei den Buchdruckern, die eine 2jährige Karentzeit haben, ehe die Unterstützung in Kraft tritt, treffen im Durchschnitt auf 100 bezugsberechtigte Mitglieder 150, welche keinen Anspruch haben. Bei dem Hirsch-Düncker'schen Gewerbeverein der Maschinenbauer mit 5jähriger Karentz war 1892 über die Hälfte der Mitglieder ohne Anspruchsberechtigung. In unserem Verbande betrug der Zugang an Mitgliedern 1896 rund 16,000. Nimmt man an, daß die Arbeitslosenunterstützung schon eingesetzt gewesen wäre und sich in Folge dessen die Fluktuationssziffer von 20,000 um die Hälfte reduziert hätte, so hätte der Zugang zu den 33,000 am Schluss des vorherigen Jahres vorhandenen Mitgliedern statt 16,000 rund 26,000 betragen, welche sämtlich ohne Anspruch gewesen wären. Zu diesen Mitgliedern, die die Karentzeit noch nicht absolviert hatten, kamen aber noch die mit Beitragsrest, sowie die mit der Höchstsumme im Vorjahr ausgesteuerten Mitglieder. Rechnet man noch diejenigen mit einer Arbeitslosigkeit unter 7 Tage hinzu, so ergeben sich sicher über 50 Prozent der Mitglieder, die die Unterstützung nicht hätten in Anspruch nehmen können. Dadurch reduziert sich das Risiko ganz bedeutend. — Das „Experiment“ kann also unserer Überzeugung nach auf Grund des Vorstandsantrages ruhig gemacht werden, umso mehr als sich überall die Thatache herausgestellt hat, daß die organisierten Arbeiter nicht in dem Maße von der Arbeitslosigkeit befreien werden, wie die unorganisierten. Wer das Gegenteil behauptet, ist falsch berichtet.

Die Gegner der Arbeitslosenunterstützung bewegen sich auch sonst noch in recht sonderbaren Auschauungen. Nach dem einen befördert sie das Simplicienthum, nach dem andern ist sie zu gering bemessen, als daß sie einen Reiz zum Beitritt in die Organisation ausüben könnte. Wieder andern können sich mit ihr nicht befriedigen, weil die Arbeiter dann nicht mehr „Fabrikfels“ (Fran Goethausen) und sich von den Unternehmen nicht mehr Alles ruhig gefallen lassen würden (Karlshafen). Ein anderer fürchtet, daß dann bei der Wahl der Ortsbeamten nicht mehr das Klassenbewußtsein der zu Wählenden, sondern die Fähigkeit des Bevollmächtigten als Verwaltungsmensch maßgebend sein würde (Eisenburg). Das letztere wäre wirklich ein großes Unglück! Wieder ein anderer empfiehlt, „nach Art der englischen Gewerkschaften erst die Lage der Arbeiter zu verbessern und dann die Beiträge zu erhöhen“ (Scholz-Ehrlig), während in Wirklichkeit das Gegenteil der Fall war. Z. B. erhebt der Gewerbeverein der englischen Maschinenbauer seit seiner Gründung im Jahre 1851 einen Wochenbeitrag von 1 Schilling und hatte in Folge dessen auch nicht nötig, auf jeder Generalversammlung den Beitrag zu erhöhen.

Und so könnten wir noch mehrere Seiten füllen, wenn wir alle die Gegengründe steuern passieren lassen wollten.

Einer der am häufigsten angeführten Gründe ist, daß der geforderte Beitrag unerschwinglich sei und eventuell keine neuen Mitglieder mehr gewonnen werden könnten. Daß der Beitrag unerschwinglich, kann im Ernst nicht behauptet werden, d. nur wir sehen, daß die Hutmacher 25 und 45, die Buchbinden 35, die Kupferschmiede 25 und 30, die Töpfer 25 und 30, die Handschuhmacher 35, die Porzellanarbeiter 35 und die Bildhauer 50, die Zigarrensortirer 25 und 75 d. erheben.

Zugeben wollen wir jedoch, daß eine Beitragserhöhung ohne Äquivalent z. B. bei uns nicht zweckmäßig wäre, während sie bei gleichzeitiger Einführung der Arbeitslosenunterstützung nur günstige Folgen haben könnte. Es würde dadurch mehr Stabilität in den Mitgliederstand kommen, die ortsnäheren Kollegen würden zahlreicher beitreten und dadurch der fortwährende Wechsel in den Ortsverwaltungen verschwinden, die Beiträge würden pünktlicher eingehen und daher trotz der Ausgaben für Unterstützung mehr Mittel zu Kampfzwecken zur Verfügung sein als bisher. Die Gewerkschaften mit höheren Beiträgen und Arbeitslosenunterstützung müssen in der Regel einen höheren Prozentsatz von Berufsgeschäftigen als die übrigen Gewerkschaften. Leider ist die letzte Berufszählung vom Staatslichen Amt noch nicht vollständig bearbeitet; in dem vorläufigen Bericht des selben sind in den Ziffern für die gehörten Arbeiter auch die Lehrlinge inbegripen. Ein prozentualer Vergleich läßt sich also zwischen der Zahl der Berufsgeschäftigen und der der Organisierten nicht sicher anstellen. Die Generalkommission hat jedoch für 1891/92 eine Berechnung nach der 1882er Berufszählung vorgenommen. Darnach waren u. a. organisiert in Prozent: Buchdrucker 50, Hut-

macher 18, Haubschuhmacher 74, Porzellanarbeiter 25, Bildhauer 56, Zigarrensortierer 24, Kupferschmiede 35, Glaser 18, Steinfeuer 18, Lederverarbeiter 8, Tabakarbeiter 11, Schmiede 2, Drechsler 8, Zimmerer 5, Schneider 5, Metallarbeiter 8, Bürstenmacher 11, Gold- und Silberarbeiter 8, Buchbinder 5 (Arbeitslosenunterstützung seit 1893). Seit 1891/92 haben mehrere Gewerkschaften gewiß Zuwachs erhalten, insbesondere auch solche ohne Arbeitslosenunterstützung. Allein nach der 1895er Berufszählung hat in der Industrie eine so kolossale Arbeiterzunahme stattgefunden, daß dadurch an den Prozentzahlen sehr wenig geändert werden wird. Speziell von der Metallindustrie können wir das behaupten. —

Es fehlt uns leider am nötigen Mann, um über dieses Thema uns noch weiter auslassen zu können, wir haben es noch nicht zur Hälfte erschöpft. Indem wir schließen, ersuchen wir die Genossen, diese Frage eingehend zu studiren, dann sind wir sicher, daß sie, soweit sie es nicht schon sind, ebenso wie wir zu Freunden der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung werben.

II. Die Urabstimmung.

Dass über die beantragte Beitragserhöhung in Verbindung mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine Urabstimmung stattfinden wird, darf wohl als sicher angenommen werden. Denn das ist der einzige Weg, wodurch die Meinung der Verbandsmitglieder am unverfälschtesten zum Ausdruck kommen kann.

Gen. Mohrslac hat verucht, einen Fingerzeig zu geben, in welcher Form die Urabstimmung nach seiner Meinung stattfinden könnte. Wir können uns für seinen Vorschlag nicht erwärmen. Die für oder gegen die Arbeitslosenunterstützung sprechenden wesentlichen Gesichtspunkte zusammenzustellen ließe sich nur in der Weise verwirklichen, daß jede "Partei" einige Personen beauftragt, ihre wesentlichsten Gründe zu formuliren; von einer gemeinschaftlichen Kommission erhoffen wir nichts Erfreuliches.

Wir halten es aber für überflüssig, in dieser Richtung noch eine besondere Drucksache, die immerhin ziemliche Kosten verursachte, herzustellen. Das einfachste ist, daß jede Partei ihre Gründe, vielleicht in ein und derselben Nummer der Zeitung, kurz zusammengefaßt wiedergibt. In der Aufruforderung, welche jedem Mitglied bezügs Urabstimmung zugehen muß, wird auf die betreffende Nummer besonderes Aufmerksam gemacht. Das genügt vollständig.

Aber ein Anderes ist nötig: Mit der Aufruforderung zur Stimmabgabe muß jedem Mitglied außer dem Stimmzettel auch die Fassung der §§ 4 und 5, welche von der Generalversammlung auf alle Fälle festgestellt ist, in die Wohnung zugestellt werden. Aufruforderung, "Gesetzesstext" und Stimmzettel werden am besten kombiniert, so, daß leichter leicht abzutrennen ist.

Die Formulierung der Frage an das Mitglied, welche der Stimmzettel enthalten und auf die mit „Ja“ oder „Nein“ zu antworten ist, wird keine Schwierigkeiten machen. Die Antwort darf nicht vorgedruckt werden, sondern muß auf handschriftlichem Wege von jedem Abstimmenden eigenhändig gegeben werden.

In welcher Weise die Stimmabgabe erfolgen soll, ob in Versammlungen oder durch Abholung der Zettel in den Wohnungen? Wir meinen, daß man die beiden Verfahren wird anwenden müssen. —

III. Die Einkassierung der Beiträge.

Schon auf den beiden vorangegangenen Generalversammlungen unseres Verbandes war von Nürnberg aus der Antrag gestellt, allerorts die Beiträge durch Einzahlierer in den Wohnungen abholen zu lassen. Der Antrag fand jedes Mal ein Begräbnis dritter Klasse. Erst in neuerer Zeit scheint sich ein Umstieg in dieser Richtung zu vollziehen. Und ein Blick auf unsere Jahresabrechnung genügt, um zu erweisen, daß auf diesen Gebiete gründlich Wandel geschaffen werden muß. Läßt schon das Gesammtergebnis der Einnahme aus Beiträgen viel zu wünschen übrig, so enthüllt sich uns bei manchen Verwaltungssäulen ein geradezu trostloses Bild. Das Niveau der mangelhaften Beitragszahlung war ja früher schon arg genug, im letzten Jahre hat es sich aber noch verschlimmert. Freilich, es war ja immer lediglich Geld zur Unterstützung der Streikenden vorhanden; da schien nun ja mancher gedacht zu haben, er habe genug gethan, wenn er statt 50 Pfennigenbeiträgen die Hälfte und noch weniger bezahlt. Der Auffall an Einnahmen ist in Folge dessen auch enorm. Was hätte mit dem Fehlbeitrag geleistet werden können in Aufklärung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen!

Es muß also dafür gesorgt werden, daß dieser Zustand aufhört und das wird der Fall sein, wenn man es dem Mitglied nicht mehr anheim stellt, wenn es einmal den „Zahlabend“ befürchtet will, sondern wenn man bei ihm den Beitrag in der Wohnung abholt. Die Kosten der Einkassierung decken sich wieder vielfach durch die höheren Einnahmen. Feder Zweifel hieran wird behoben durch das Beispiel der Orte, die die Haarkassierung bereits eingeführt haben. Man muß mit dem aus der Praktizität herübergekommenen Brummi des „Vogezählens auf der Herberge“ aufzuräumen und „moderne“ Einrichtungen brauen. Die günstigen Wirkungen der Haarkassierung werden nur auch im besseren Verhältnis zu den Kosten abhängen. Sollten wir nicht gerade aus den Orten, wo das „Zahlabend“ führt, ununterbrochene Klagen über den schlechten Verhältnis zu beobachten? Sollte man sich nicht entzätseln können, die Haarkassierung für alle Orte obligatorisch zu machen, ja nicht doch dem Vorstande ausdrücklich der Auftrag erteilt werden. Dass er ein Anordnungen zu treffen hat, die einen besseren Eingang der Beiträge garantieren.

Richtigstellung.

In Nr. 13 der „Met.-Ztg.“ wird in einem Artikel von der Redaktion u. A. gezeigt: „Und aus lauter Opposition

gegen die Arbeitslosenunterstützung löst sich eine andere Verwaltungsstelle in Frankfurt von einem „Hirsch-Düncker“-schen Doktor einen Vortrag für Arbeitslosenunterstützung halten! Vielleicht in der Vorabsitzung, dadurch einen besseren Untergrund dafür zu erlangen, „energisch“ gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung „protestieren“ zu können.“ — Dem gegenüber bemerkte ich, daß es Pflicht des Leiters einer Organisation ist, den Mitgliedern das Für und Wider einer Maßregel, die eingeführt werden soll, vorzuführen. Da wir in Frankfurt keinen Verbandskollegen aufstreben könnten, der solche Dinge befürwortet, so bat ich den „Hirsch-Düncker“-schen Doktor, uns seine Erfahrungen auf dem Gebiete in Gestalt eines Vortrages mitzuteilen. Dies die Thatsache. Der mir von früher persönlich bekannte Herr versicherte uns am Schluß der Versammlung, daß er aus der durchaus sachlichen Diskussion sehr viel gelernt habe. Würden wir nur Gegner hören wollen, dann würde man mit Recht sagen: Ihr seid einheitig; nun da wir einen Anhänger sprechen ließen, soll es eben nur deshalb geschehen sein, um „Untergrund“ zu finden. Dem Artikelrediger fällt es schwer, „eine Satire“ zu schreiben; ich will es ebenfalls unterlassen, bedauere mir, daß am Schluß der Diskussion über die Unterstützungsfrage die Redaktion für die Sache, die sie vertreibt, mit solchen Interpretationskunststücken operiert und dadurch ehrliche Absichten Andersdenkender für ihre Zwecke auszubauen sucht.

Frankfurt a. M.

J. Dejung,

Bevollm. der allg. Verwaltung.

Wir sind der Ansicht, daß es, um sich über die Zweckmäßigkeit einer Maßregel zu unterrichten, die in unserem Verbande eingeführt werden soll, nicht der Beihilfe eines Hirsch-Dünckerianers bedarf. Wir nehmen Notiz davon, daß die Ortsverwaltung den guten Willen hatte, die Mitglieder ev. für die Arbeitslosenunterstützung zu gewinnen — allein waren sie sich dann nicht an einen auswärtigen Verbandskollegen, wenn in Frankfurt kein Verbandskollege „aufzutreten“ war, „der solche Dinge befürwortet“? Das Bedauern des Gen. Dejung über „Interpretationskunststücke“ kommt etwas sehr pass festum. — In der Neuerung des Herrn Dr. Elkan, daß er „aus der durchaus sachlichen Diskussion viel gelernt habe“, vermögen wir beim besten Willen nichts weiter als eine konventionelle Redensart zu erkennen. (Red.)

Zum Ausbau des Metallarbeiterverbandes.

Wenn mit der Diskussion der Anträge auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung in der „Met.-Arb.-Ztg.“ eine mindestens zweitägige Debatte auf der Generalversammlung gespart wird, dann kann man unter den heutigen Umständen, wo doch an allen Enden und Ecken im Verband gespart werden soll, dieselbe nur losenwerth finden. Die Ansichten werden so gellärt und die Antragsteller können ihre Anträge noch rechtzeitig zurückziehen. Deshalb müssen alle Gründe, die dagegen sprechen, rechtzeitig in's Feld geführt und so in sachlicher Weise den Anhängern der Arbeitslosenunterstützung innerhalb unseres Verbandes die Überzeugung beigebracht werden, daß unsere Organisation nur Schaden darunter erleidet.

Mit dem Ausschreiben der Generalversammlung eröffnet Breder die Diskussion über die Frage des Unterstützungsweises, er legt die Sache groß an, ablassen kann man ja immer noch. Ich bin mit Breder der Ansicht, daß es sich durchaus nicht um eine prinzipielle Frage handelt, sondern um eine rein taktische, deshalb hat auch die Mehrheit der Delegirten des Metallarbeiterverbandes auf dem Gewerkschaftskongress für Annahme der bekannten Resolution gesummt, denn es gibt noch eine ganze Reihe Berufe, in denen die Arbeitslosenunterstützung möglich ist. Daraus schließt jedenfalls Breder, er habe die Mehrheit der Mitglieder hinter sich; daß dem nicht so ist, wird ihm nunmehr klar geworden sein. Die Kollegen, die ausschließen, daß 1) die hohen Beiträge und 2) unsere Stellung als Industrieverband, der alle ungelernten Arbeiter mit aufzunehmen hat, eine solche Einrichtung unmöglich machen, sind besser über die wahre Lage der Metallarbeiter unterrichtet und haben ein feineres Verständnis für die Taktik, die wir einzuschlagen haben. Die falsche Taktik, die man einschlagen will, besteht darin, daß man Gewerkschaften nach englischem Muster schaffen will. Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, die Möglichkeit eines solchen Versuchs nachzuweisen, dies würde über den Rahmen dieses Ausschlusses herausgehen. Die deutschen Gewerkschaften kommen nicht dahin, die Kämpfe und Auseinandersetzungen sind zu groß, um Friede anzunehmen, und diese müssen beim Unterstützungsweise vorhanden sein, wenn die Mitglieder nicht bestrogen und eines schönen Tages der Bankrott über uns hereinbrechen soll. Wenn die Gewerkschaften positiv nicht sehr viel erreichen, so kann man unter den jetzigen Umständen dies nicht ändern, daß bloße Verhandeln ein Verhältnis aber trägt dazu bei, daß die Lebens- und Arbeitsverhältnisse nicht schlechter werden, wie sie ohnehin schon sind und mehr können die Gewerkschaften nur in seltenen Fällen leisten.

Durch den weiteren Ausbau des Unterstützungsweises gestalten wir den Verband zu einer Sektion innerhalb der Arbeiter in der Metallindustrie, die ganze Organisation wird vielleicht gut funktionieren, aber der größte Theil der Metallarbeiter wird von vornherein ausgeschlossen

sein. Der Vorstand sagt in der Begründung seines Antrages, der sich ja im Wesentlichen auf die Erfahrungen der Buchdrucker stützt: „Wenn die Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung einführen, so ihm sie es nur, um die Zahl ihrer Kampfmittel zu vervollständigen.“

Die Zahl derartiger Kampfmittel, die z. B. die Buchdrucker haben, ist ziemlich groß. Da haben wir außer Frankfurter Unterstützung noch Kreis-, Orts-, Umzug-, an vorübergehend Arbeitsfähige, und im Falle dauernder Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Unterstützung. Konsequent wäre es vom Vorstand, gleich die Einführung aller dieser Zweige des Unterstützungsweises zu beantragen, er könnte dann sicher sein, daß sämtliche Metallarbeiter solches Projekt einmütig zutäufeln würden. Deshalb wird die Sache so gemacht: Kreisunterstützung haben wir, Ortsunterstützung wollen wir, das Andere kommt nach, von ersterer und letzter Unterstützungsart wird vielleicht absehen, weil diese schon staatlich geregelt sind.

Ich meine, der Vergleich mit den Buchdruckern ist ein sehr ungünstiger, wir haben erst im vorigen Jahre erlebt, daß deren Verbandsvorstand im Stande gewesen ist, Maßnahmen durchzuführen, die eine sehr starke Minorität der Buchdrucker verwarf, und die bei allen organisierten Arbeitern bedenkliches Kopfchütteln erregten. Und dies geschah mit Hilfe der gut dotirten Mitglieder, die wohl hohe Beiträge bezahlen können, aber den Verband nur als Versicherungsanstalt betrachten. Die Heze, die gegen Andersgesinnte von der Verbandsleitung ins Werk gesetzt wurde, ist noch zu bekennen, als daß sie hier noch besonderer Erwähnung bedürfte, die Unzufriedenen krochen zu Kreuze, um nichts zu verlieren. Eine solche „stramme“ Organisation wünscht vielleicht der Vorstand, sie ist aber nicht nach dem Geschmacke der Mehrzahl der Mitglieder. Zu dem Antrage selbst will ich nicht viel bemerken; er ist gewiß ehrlich gemeint, die Berechnung mag guttreffen, wenn die Voraussetzung zutrifft, daß 40 000 zahlende Mitglieder vorhanden sind, — wenn der Beitrag erhöht wird.

Wenn nun Segiz noch mit 3 Artikeln in die Presse springt, so fragt man sich unwillkürlich, sind das Früchte, die auf internationalen Arbeiterkongressen zeitigen? Denn zweifelsohne hat Segiz einen mächtigen Impuls zur Befürwortung des Unterstützungsweises in England erhalten, aber die englische Weisheit wurde schon 1867 von Dr. M. Hirsch nach Deutschland verpflanzt, ohne recht gelehrt zu können. Ich verkenne nicht, daß wenn Segiz damals der Importeur gewesen wäre, die Sache dann sicher anders ausfallen müßte, hente kommt er leider zu spät damit, aus den anfangs angeführten Gründen.

Die anderen Freunde der Arbeitslosenunterstützung sind schon mehr oder weniger geschickt von Gegnern derselben eingehend widerlegt, so daß ich diese wohl übergehen kann.

Nachdem die Freunde und Gegner der Arbeitslosenunterstützung gesprochen, kommen auch solche, die sich fein mit der Balanzirstange über diese Frage hinweghelfen, wie Mohrslac es fertig bringt. Hier heißt es für oder gegen, ein „Drücken“ gibt es nicht. Mohrslac's Vorschlag betr. Fixierung der wesentlichsten Gründe für oder Gegen in einem Schriftsätze finde ich nicht akzeptabel, denn wer soll das Schriftstück so absassen, daß beide Theile zufrieden damit sind? Zu dieser Frage sind wir alle engagiert, selbst Mohrslac, wenn er sich auch in seinem Artikel gewissermaßen als unparitätisch hinstellt, und obendrein werden solche Schriftstücke sehr wenig gelesen. In der Sache, ein möglichst ganz probates Mittel ausfindig zu machen, passieren solche „Schwibber“. So geht es auch Peterhaus. Derselbe hat gewiß einen ganz netten Agitationsplan da entwickelt, aber da kommt das bewußte „Über“ — mit der Ausführung dürfte es recht windig bestellt sein, wenn, und dies wird nicht ausbleiben, er denselben nicht bedeutend den wirklichen Verhältnissen entsprechend umgestaltet. In der von ihm angedeuteten Richtung liegt das wichtigste Feld unserer Thätigkeit.

Nun hat noch Scherm das Wort ergriffen, er wird wohl den „Segen auf's Sanze“ (wie der Berliner sagt) geben, und erlaube ich mir schnell noch ein paar Worte zu einem wirklich ernst gemeinten Vorschlage: der Vorstand soll seinen Antrag einfach zurückziehen. Aus der „Met.-Ztg.“ habe ich folgende Zusammenstellung gemacht: Für den Antrag haben sich 15 Versammlungen erklärt, dagegen 41 und keine Konferenz, dafür geschieben haben 9, dagegen 16 Mitglieder. Dies Votum sollte dem Vorstand genügen, dem Beispiel, das seinerzeit die Regierung bei der berüchtigten Umsturzvorlage gegeben, zu folgen und seine Pläne einzuwenden aufzugeben, denn ich hege die feste Überzeugung, die Mehrzahl der Delegirten wird mit dem Rufe Bevels antworten: „Hinaus mit der Umsturzvorlage in den Ofen.“ Selbst auf die Gefahr, daß gesagt wird, es sei eine „Drohung

mit "Sezession" behauptete ich, die Annahme des Antrages wird innerhalb unseres Verbandes eine "umstürzlerische" Wirkung ausüben, von der die Anhänger der Unterstützung nicht die richtige Vorstellung haben. Die lokalen Organisationen würden wie Pilze aus der Erde schießen, der Hauptkampf würde um die Form geführt — und die Unternehmer könnten uns behaglich weiter rupfen. Als im vorigen Jahre der Kampf um die Quandt'schen Vorschläge tobte, da war es die "Met.-Arb.-Btg.", die unter Zustimmung sämtlicher Mitglieder erklärte: "Vorschone man uns mit neuen Projekten, lasse man den Gewerkschaften einmal eine ruhigere Zeit der inneren Entwicklung und Sammlung." Und kaum einige Monate später befürwortet man ein Projekt, das geeignet ist, den ganzen Verband aus den Fugen zu bringen.

Der Vorstand wurde zweifellos von mehreren Mitgliedern zu seinem Vorgehen ermuntert, aber wundern muß es uns, wenn er über die Gesamtstimmung nicht besser informiert ist, er wäre sicher zu dem Antrage nicht gekommen, denn hierdurch würden Hoffnungen erweckt, die nicht erfüllt werden können, und eine gewisse Sorte Indifferenz würde sagen, hätte der Vorstand diese Unterstützung, dann würden wir beitreten, Ihr bietet ja nichts, Euer Vorstand hat's ja selber gesagt. Also nur einen Schaden, keinen Nutzen haben wir, dies hätte der Vorstand doch vorher bedenken müssen. Schreiten wir ruhig auf der bisherigen Bahn weiter, es zeigt sich überall, in letzter Zeit hauptsächlich, ein erfreulicher Zuwachs, Schulen und Bilden wir den jungen Nachwuchs zu tüchtigen Mitgliedern heran, nehmen wir stets die Tüchtigsten und Besonnensten zu Verwaltungsbeamten, und das ist mit ein hauptsächlichster Punkt; vereinfachen und erleichtern wir den burokratischen Verkehr mit der Hauptverwaltung. Hierin wäre viel zu ändern, denn unsere Bureaus sind eine Nachahmung des deutschen zöpfigen Beamtenthums. Es gibt ohne diesen Antrag sehr viel zu erörtern auf der Generalversammlung, eine Diskussion des Antrages ist vollständig überflüssig, es werden sich von Anfang an die zwei Parteien schroff gegenüberstehen, daran wird auch der Umstand nichts ändern, daß man vielleicht den erfahrensten Genossen zum Referenten nimmt, "umzustempeln" gibt's da voraussichtlich nichts mehr.

Frankfurt a. M. S. Dejung.

Untertreibung der Medaille. Nachdem Gen. Dejung auch unserer gedacht, so wollen wir ihm gleich antworten. Er versucht es, einen Widerspruch zu konstruieren zwischen dem, was wir in Nr. 34 v. Jg. zu den Quandt'schen Vorschlägen geschrieben haben und unserem Eintritt für den Antrag des Vorstandes. Die Quandt'schen Vorschläge sollten bekanntlich den Zweck haben, die Gewerkschaften vor der "Versammlung" zu retten. Als wir uns gegen diese Vorschläge wandten, da schwebte uns gerade die Arbeitslosenunterstützung als dasjenige Mittel vor, durch dessen Einführung die Gewerkschaften zur "inneren Entwicklung und Sammlung" kämen. Deshalb unsere Stellungnahme in Nr. 47 v. Jg. Dem Gen. Dejung wird auch bekannt sein, was in Nr. 40 v. Jg. ein Leiter der "Met.-Arb.-Btg." über die Quandt'schen Vorschläge geäußert hat, dem wir vollenhaltlich beipflichten, es heißt dort u. a.:

"Wir meinen, für jeden einsichtsvollen Geistigen hat die Streitfrage nach den Aufgaben der Gewerkschaften und nach ihrem Beihalt in der politischen Partei längst ihre Erledigung gefunden. Es ist fächerisch zu fordern, daß jetzt endlich die Gewerkschaften versuchenbleiben mit "reformatorischen" Vorschlägen der in Rede stehenden Art, daß man sie mit Experimental-Politik nicht wieder beläßt, damit sie, wie die Redaktion dieses Blattes fürstlich sagte, auf sich selbst sich besinnen und aus sich selbst heraus gesunden und sich entwideln können. Pflicht der Arbeiterpresse und der in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung lebenden Personen ist es, in diesem Sinne zu wirken. Willkommen ist uns jeder wohlwollende, verantwortige Vorschlag, der die Förderung der Gewerkschaften auf breiter ureigenstem Boden zum Ziel hat. Da läuft sich jedoch auf zufrieden und mit Nutzen so vieles erörtern, z. B. die Späße der Statistik, das Unterstützungswege, der Arbeitsaufwand, die Haushaltserhöhung u. a., alles Fragen, die selbst in den meisten Gewerkschaften mehr oder weniger vernachlässigt worden sind. Wer das Bedürfnis fühlt, für die Gewerkschaften etwas zu thun, der beschäftige sich mit solchen Fragen. . . ."

Gen. Dejung spricht dann noch über Dies und Das und wäre darüber noch viel zu sagen; wir beschränken uns aber auf einige Punkte.

Die Buchdrucker, wären sie nicht in ihrer gegenwärtigen Verfassung vorhanden, müßten wirklich erfaßt werden, um sie nach Bedarf als Popanz auf-

marschieren lassen zu können. Nachdem Dejung selbst glaubt, daß wir im Verband niemals zu einer Kranken- oder Erwerbsunfähigkeitsunterstützung kommen, weil diese Zweige durch die staatliche Gesetzgebung geregelt seien, bleibt ihm eigentlich als Schreckmittel nur die Arbeitslosenunterstützung. Denn die anderen Unterstützungen haben wir schon fast sämtlich. Wir empfehlen dem Genossen Dejung, sich mit dem Führer der Buchdruckeropposition, Gen. A. Gotsch, in Verbindung zu setzen, und ihn zu fragen, was derselbe von der Arbeitslosenunterstützung hält, er kann uns ja dann in Braunschweig dessen Meinung sandgeben. — Haben wir aber nicht auch noch andere Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung zahlen? Haben sich dort auch die vermeintlichen Wirkungen gezeigt? Nein! Wäre also selbst das über die Buchdrucker Gefragt richtig, so bestätigte diese Annahme lediglich die Regel.

Nun kommt Gen. Dejung noch mit einer "Statistik" über die Meinung der Verbandsmitglieder. Um das Haltlose seiner Ansicht nachzuweisen, brauchen wir seinen Zahlen nur entgegen zu halten, daß unser Verband nach der 1896er Jahresabrechnung an 360 Orten durch Verwaltungsstellen und in Sachsen durch 44 Bevollmächtigte, zusammen an 404 Orten vertreten war. Ziehen wir davon 41 und 15 ab, so bleiben noch 348 Orte, die sich bisher nicht in der Zeitung geäußert haben. Zuweischen ist die Meinung von weiteren 4 Versammlungen laut geworden, welche für Arbeitslosenunterstützung votirten. Und Gen. Dejung möge nur darauf gesetzt sein, ob der "hinkende Vot" nicht noch nachkommt. Denn es ist ganz natürlich, daß die Opposition sich etwas schneller und geräuschvoller äußert als diejenigen, die in der Einführung der Arbeitslosenunterstützung keine Gefahr sehen. Die Anhänger der Arbeitslosenunterstützung könnten sich zudem zurückhalten, da sie wußten und sahen, daß die Vertretung ihrer Ansicht sich in zuverlässigen Händen befindet.

Gen. Dejung scheint dem "Landfrieden" (Urabstimmung) auch nicht recht zu trauen und er macht deshalb den Vorschlag, der ja des "Reizes der Neuheit" sicher nicht entbehrt, der Vorstand solle seinen Antrag zurückziehen. Der Vorstand wird sich hüten, diesen "wohlgemeinten Rath" zu befolgen.

Unsere selbstgewählte Regierung (Vorstand), die alle zwei Jahre der Volksvertretung Rechenschaft abzulegen und sich einer Neuwahl zu unterziehen hat, mit der reaktionären Reichsregierung in eine Linie zu stellen, ist auch recht "geschmackvoll". In gleichem Genre bewegen sich die Bemerkungen bezüglich des "Umsturzes" usw. Wen glaubt Gen. Dejung denn damit schreiben zu können? Er glaubt es wohl selbst nicht, daß daran jemand hereinfällt, allein solche Künsterlichkeiten gehörten zum "Auspratz", weil das Uebrige sonst "zu mager" aussiehen würde.

Zum "Auspratz" gehört auch das "bureaucratische", "zöpfige" Beamtenthum. Seit wann ist es denn aber in Arbeiterkreisen üblich, derartige Anwürfe zu machen, ohne zugleich zu sagen, was bureauratisch und zöpfig ist? Man ist verpflichtet, das zugleich zu sagen, wenn anders man nicht bei Ueringeweihter solche Vorstellungen hervorrufen will. Wenn der Vorstand die einfachsten Vorrichtungen, die zu einer ordentlichen Geschäftsführung absolut nötig sind, einzuhalten verlangt, dann sieht man schon über Bürokratie. Ganz Münchner weiß zwar nicht, was Bürokratie bedeutet, allein:

"Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört,

Es müsse sich dabei doch auch was denken lassen."

Wenn Gen. Dejung schließlich noch meint, daß es nichts mehr "umzustempeln" gibt, dann stampft er die Verhandlungen in Braunschweig zur Komödie! —

* * *

Wo nicht persönliche Empfindungen, entgegenstehender Wille die Gegnerhaft der Arbeitslosenunterstützung geboren, wo nicht die Milch der "Opposition" aus den Brüsten der "Beharrung" gelogen wird, da ist die "Gegnerhaft" leicht eines Besseren zu belehren. Unbedingt, vornehmlich Kollegen werden die Haltlosigkeit der gegen die vom Vorstand beantragte Arbeitslosenunterstützung gemachten Einwendungen ganz bestimmt aufrütteln. Ganz besonders trifft dies beim "reformatorischen Gebahren" der "Gegner" zu. Die meisten führen sich selbst ad absurdum. Der Vorwurf, ohne reelle Linie, nur mit angenommenen Zahlen operirt zu haben, trifft bei den "Gegnern" in höchsten Grade zu.

Wenn ich dem Vorstande wegen seiner Berechnungen einen Vorwurf entgegenhalte wollte, dann höchstens den, dem Sprichwort: "Vorsicht ist die Mutter der Weisheit!" allzweitgehende Konzeptionen gewagt zu haben.

So ist die nach Einführung der Arbeitslosenunter-

stützung zweifellose Steigerung der Wochenbeiträge nicht berücksichtigt worden. Der statistisch nicht zu bemängelnde Prozentsatz von 61/4%, den der Vorstand seinen Berechnungen zu Grunde legt, wirkt aus dem Grunde ungünstig, weil für diese 61/4% Arbeitslosen auch die höchste Unterstützungsduer in Berechnung gezogen wird. Nach der Arbeitslosenstatistik sind aber 32 Proz. der Arbeitslosen weniger wie 7 Tage arbeitslos gewesen, kommen also für die Unterstützung nicht in Betracht. Hätte der Vorstand slunkern wollen, wie ein Kollege glaubt annehmen zu müssen, dann hätte er rechnen können, bei 7tägiger Karentzeit und 2,50 M. Beiträge pro Mitglied und Jahr für Arbeitslosenunterstützung dürften bei 1 M. Unterstützung pro Tag in Betracht kommen $7 + 2\frac{1}{2} \times 40\,000 = 380\,000$ arbeitslose Tage.

Nun kommt Kollege . . . n . . . her und fordert für 240 000 arbeitslose Tage pro Woche und Mitglied 13 J. Ja, wenn die Karent und die Bezugsgrenze nicht wäre — ja, wenn es den 8000 Arbeitslosen einfallen sollte, sämtlich ortsanständig zu sein — ja, was dann? — Dann hätte der Verband im günstigsten Falle für 8000×7 Tage = 56 000 M. Unterstützung gespart! Blinder Eifer schabet eben, — auch bei der Opposition. —

Doch nehmen wir mal allen Ernstes an, die 8000 Arbeitslosen — also 20% — sind als am Ort zu unterstützende in Rechnung zu ziehen. Zur Berechnung der in Betracht kommenden Tage nehmen wir daß auf Grund der Arbeitslosenstatistik erhaltenen Zahlensmaterial zur Unterlage. Wenn die Statistik auch nur unvollständig, an den Verhältniszahlen würde eine genaue Statistik höchstens zu unseren Gunsten eine Veränderung ergeben, wenn wir uns die Annahme, daß bei vollständiger Statistik sich die Zahl der arbeitslosen Tage verdoppeln würde, zu eigen machen. Zu bemerken ist hierbei noch, daß die nicht gemeldeten arbeitslosen Tage zum größten Theil in die Karentzeit fallen.

Nach der Arbeitslosenstatistik haben wir 1167 Arbeitslose mit 26 744 Tagen. Die mangelhafte Statistik läßt aber die Annahme zu, daß die Zahl der arbeitslosen Tage sich verdoppeln würde, also $2 \times 26\,744 = 53\,488$ arbeitslose Tage. Davon sind in Abzug zu bringen — die aufsteigende Grenze zum Maßstab genommen — an Karent= (7 Tage) und Überzeit (über 42 Tage)

$$1167 \times 7 = 8169$$

$$122 \times 21 = 2566$$

$$10\,735 \times 2 = 21\,470 \text{ Tage}$$

Also:

$$53\,488 \text{ arbeitslose Tage}$$

$$- 21\,470 \text{ nicht zu bezahlende Tage}$$

bleibt zu zählen für 32 018 Tage.

Die angezeigten 1167 Arbeitslosen entsprechen nun einem Prozentsatz von 2,9, mithin kämen bei 20 Prozent Arbeitslosigkeit in Berechnung $6,9 \times 32,018$ Tage = 220,924,2 Tage, für die Arbeitslosenunterstützung zu zählen wäre. Es stünden aber für den Unterstützungsduer zur Verfügung nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung

$$\text{Beitragserhöhung} \dots 40,000 \times 2,50 = 100,000 \text{ M.}$$

Bisherige Reiseunterstützung 50,000 M.

Steigerung der Wochenbeiträge von 39 auf 49 = $49 \times 2,50 = 122,500 \text{ M.}$

$$\text{Summa } 250,000 \text{ M.}$$

$$- 220,924,2 \text{ M.}$$

Blieben noch Rest für "erhöhte Verwaltungskosten" 29,075,8 M.

Also auch das Schreckmittel von 20 Prozent Arbeitslosigkeit schlägt bei kritischer Betrachtung in das Gegenheil des Beabsichtigten um. Wo man selbst bei willkürlicher Annahme nicht über das Maß des nach aller Erfahrung Erlaubten hinausgeht, wird man den Versuch, die Unmöglichkeit der Arbeitslosenunterstützung rechnerisch zu belegen, bald aufgeben. Nach obiger, dem schwierigsten Pessimisten befriedigender Annahme noch weitere Rechnungen aufstellen, hieße Wasser ins Meer tragen. Für den objektiven Beurtheiter ist die Rücksicht und Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung zweifellos. Trotzdem möchte ich meine Ausführungen nicht ohne eine Kritik der Vorarbeiten zur Arbeitslosenstatistik beschließen.

Der Vorstand hätte manchen Einwendungen im Vorauß die Späße abgebrochen, wenn er auf Grund einer vollständigen Arbeitslosenstatistik seine Berechnungen begründen könnte. Und das war möglich. Das negative Resultat einer Abschätzung berechtigt doch nicht zum Fatalismus. Hätte der Vorstand den Urteil des Rückspringens nachgesetzt, dann hätte er sich nicht damit begnügt, die unvollständige Statistik durch "pesimistische" Berechnung der Wahrscheinlichkeit und Vollständigkeit nahe zu bringen, sondern wenigstens

für die Folge die Vorlage einer „vollständigen“ Statistik ermöglicht. Das Fazit der Statistik war mit der Fasspruchnahme der „Aktivität“ der Mitglieder im Vorauß gegeben. Es war doch bedeutend einfacher, die Statistik durch die Ortsbeamten vornehmen zu lassen. Bei Ab- und Anmeldungen hätten die Ortsbeamten die bezüglichen Daten zu registrieren gehabt; damit war die „Arbeitslosigkeit“ des Neindenden ganz genau gegeben. Die der Ortsansässigen war zu ermitteln durch regelmäßige Umfrage. Letzteres hätte höchstens eine kleine Vergütung für den Kassierer oder Zeitungsbote, den man eventuell mit der Umfrage betrauen konnte, beansprucht. Auf solche Weise wäre man zu einer fast nahezu vollständigen Statistik gekommen.

Zum Schluß möchte ich noch auf eine „Definition“ des Kollegen Dube, welche mir jetzt gerade vor Augen kommt, zurückkommen. Mit einer an's Unglaubliche grenzenden Unverfrorenheit gibt der Kollege D. eine Sentenz der Reiseunterstützung in Analogie an Versicherungen. Gewiß, ein Feuer hat Anspruch auf die in Betracht kommende Summe, aber so nährlich sind die Todten nicht, daß sie sich in eine Lebensversicherung einlaufen, und die Ortsansässigen sind für die „Reiseunterstützung“ fast ausnahmslos — todt. Wünscht Kollege D. vielleicht, daß die Ortsansässigen aus seiner vergewaltigten Vogel die Konsequenz ziehen? — So am Ausbau des Verbandes „arbeiten“, heißt allerdings — den Gegner Freunde machen.

Essen.

G. Wilms.

* * *

Trotzdem ich am Schluß meines Artikels in Nr. 5 mir vorbehält, nach Bekanntgabe des Reglements für den Bezug einer Arbeitslosenunterstützung noch einmal auf diese zurückzukommen, hätte ich in Folge der überaus starlen Fasspruchnahme des Blattes in dieser Sache doch darauf verzichtet, wenn mich nicht Genosse Scherm resp. die Redaktion in der Artikelserie „Zur Generalversammlung“, Nr. 13 der „Met.-Arb.-Ztg.“, bezüglich der Frankfurter Mechaniker-Resolution und des in Konsequenz derselben gestellten Antrages auf Abschaffung der Reiseunterstützung zu einer Erwiderung zwangen. — Angeblich soll uns da ein großer Lapis unterlaufen sein, wir stimmen jedoch mit mit Scherm überein, daß das Richtiglese eine Kunst ist — auch in Bezug auf Resolutionen. Nun kommt aber das Schreckliche: Die Resolution soll sich mit der Taktik der sozialdemokratischen Partei und mit der Gewerkschaften in Widerspruch setzen? ?? In Bezug auf die Partei: Genosse Scherm wird doch wissen, daß dieselbe im Erfurter Programm zum Schutze der Arbeiterklasse zunächst fordert:

„Übernahme der gesammten Arbeiterversicherung auf das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.“

Dahin gehört meines Erachtens auch die Versicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit, und daß etwas Brauchbares geschaffen wird, soll eben den Arbeitern die Mitwirkung bei der Verwaltung eingeräumt werden. So und nicht anders wollen wir die Arbeitslosenunterstützung! Gegen den diesbezüglichen Beschluß des 2. Gewerkschaftskongresses wenden wir uns bewußter Weise, weil er eben falsch ist. Wenn man uns das zum Vorwurf machen will, dürfte beispielweise die Generalversammlung auch nicht den eventuellen Rücktritt von der Generalkommunikation beschließen, weil dies ja dann auch in Widerspruch mit dem Gewerkschaftskongressbeschluß steht. Ich muß mich wohl den Gegebenen fügen, aber es bleibt mein gutes Recht, auf die Befürchtung der nach meiner Überzeugung schlechten Gesetze oder deren Erfolg durch bessere hinzuwirken. Aber abgesehen davon, wird man uns doch nicht zumutthen, daß wir aus lauter Autoritätsglauben zu Verfechtern des Unterstützungsweisers werden sollen. Das Menschenmöglichste ist ja in den letzten Wochen in dieser Beziehung geleistet worden! Wir sind nun aber einmal so reinent, daß wir auch auf Gründen wie Parvus, Raatsch, Bernstein, Bebel und wie die zitierten alle heizen mögen, nicht wie auf einen Heiligen schwören, aus dem einfachen Grunde, weil diese Genossen nicht die praktischen Erfahrungen, die unsreiner bei der Agitation von Mund zu Mund in den Werkstätten usw. macht, fehlen, oder doch im Laufe der Jahre verloren gehen. Dasselbe hat sich ja jetzt auch so recht drastisch bei der Diskussion über das Arbeitslosenunterstützungsprojekt in unserer Zeitung gezeigt: Mit ganz wenigen Ausnahmen haben sich nur solche Genossen dafür erklärt, die nicht mehr in ihrem Berufe thätig sind! Es soll dies durchaus kein Vorwurf für die Betreffenden sein, im Gegenteil erkennen wir die Verdienste derselben um die Metallarbeiterbewegung voll und ganz an, aber interessant bleibt es immerhin, daß Diejenigen, welche von der Unterstützung gar nichts zu erhoffen brauchen, sich am meisten dafür in's Zeug legen und fast alle, welche es augeht, nichts davon wissen wollen. Es klangt so schön in der Theorie, durch die Unterstützung sollen die Leute abgeholt werden, sich als Bahnträger gebrauchen zu lassen und wie sieht es in der Praxis wirklich aus? Auch nicht ein Einziger, bei dem das zutrifft. Man reist mit der Bahn oder per pedes, erhebt seine Unterstützung und sind die paar ersparten Pfennige netz, wird in der nächsten besten „Brücke“ angefangen und — der Mohr (in diesem Falle der Verband), hat seine Schuldigkeit gethan, man kümmert sich meist nicht mehr um ihn, ja man ist schon Kämpfer gegen uns geworden trotz allerdem! Und diese einzige Thatzache, die Bände spricht, rechtfertigt sie nicht „durch allein unseren Untag?“ Wir haben nachgewiesenermaßen eine große Anzahl Mitglieder, welche sich in Stellungen befinden, die als „dauernd“ bezeichnet werden können, und welche nur der Organisation angehören, weil sie sich als aufgelöste Genossen moralisch dazu verpflichtet fühlen. Diese, mein der Stamm und die Intelligenz der Verwaltung, pfieren auf jeglichen Unterstützungsrummel, werden aber dafür sofort eine Fortsetzung mit stellen, die allen Verbandsmitgliedern gleich-

mäßig zu Gute kommt, nämlich die auf Verkürzung der Arbeitszeit.

Andererseits aber auch wieder sieht die indifferente Massen in den Fabriken und Werkstätten, daß die bereits Organisierten, sobald sie Differenzen bekommen, sich stets selber mit dem Unternehmer oder seinen Beauftragten herumbeissen und ebenfalls alles erboten müssen und der Einwand, Euer Verband nützt mich auch nichts, ist deshalb ein von jener Seite ständig wiederkehrend. Nun rechnet aber Gen. Scherm aus, daß bei Reduzierung des Beitrages auf 15 ₣ vor selbst bei Abschaffung der Reiseunterstützung jährlich ₩ 47 000 weniger zu Kampfzwecken zur Verfügung haben würden. Er scheint dabei auch auf die oberflächlichen Leiser spekuliert zu haben oder sollte er sich wirklich nicht sagen können, daß der Vortrag aus dem Grunde gestellt ist, um möglichst allen Verbandsmitgliedern der Metallindustrie die Mitgliedschaft zu ermöglichen?! Wenn man, wie es Genosse Segis thut, auf alle verzichten will, die 25 ₣ nicht erschwingen können, hat man auch kein Recht, große Vermögen über das Streikbrecherthum zu erheben! „Grau, o Freund, ist alle Theorie“, wir „Praktiker“ aber wollen alle organisiren; wenn in einer Werkstatt alle organisiert sind bei einem Beitrag von 5 ₣ wöchentlich, so kann ich damit eher etwas anfangen, als wenn dies bei 20 ₣ nur bei einem Drittel oder höchstens der Hälfte der Fall ist. „Je höher der Beitrag, desto weniger Mitglieder“, dieser Satz dürfte schwer zu bestreiten sein, zum Ullerwenigsten wird aber durch niedrigen Beitrag die dauernde Mitgliedschaft in Frage gestellt. Wenn wir deshalb statt 40 000 Mitgliedern mit 20 ₣ Beitrag die doppelte Anzahl mit nur 15 ₣ haben, so ergibt das immer noch ein Mehr von ₩ 104 000 ohne die ₩ 28 000, welche bei Auflösung der Reiseunterstützung hinzukommen. — Was die Neuordnung Bebel's auf dem Kölner Parteitag anbetrifft, „in Deutschland ist durch die sozialpolitische, zumal durch die Sicherungsgefegegebung, dieser Zweig der gewerkschaftlichen Thätigkeit entzogen und ihr damit ein Lebensnerv durchschnitten worden, der gerade in England und bei den deutschen Buchdruckern zur Blüthe beigetragen hat...“ Mit jeder Erweiterung der staatlichen Befugnisse wird das Feld der gewerkschaftlichen Thätigkeit noch mehr eingeengt! — so konstatirat er doch einfach die Thatzache, daß die Zeit, wo das Unterstützungsweisen den Gewerkschaften auf die Beine helfen konnte, vorbei ist, — daß ichtlich die gewerkschaftliche Bewegung ganz in der politischen aufgehen wird und muß, ein Argument, das nicht gegen, sondern für die Gegner des Unterstützungsweisen spricht.

Nun noch kurz einige Worte zu dem Vorstandsvorreglement für die Arbeitslosenunterstützung. Da entrüstet sich die Arbeiterschaft mit Recht immer über die Dehnbarkeit der verschiedensten Gesetzesparagraphen und hier kommt der Vorstand einer Arbeiterorganisation seinen Mitgliedern mit einem Schriftstück, welches der reaktionären Regierung über einem sonstigen Stumm alle Ehre machen würde. Bei „selbstverständlicher“ Arbeitslosigkeit soll das Mitglied der Unterstützung verlustig gehen. Was ist Selbstverhöldung? Wenn jemand freiwillig die Arbeit niederlegt, weil er sich nicht chikanieren lassen will? Will man sich erst beim Unternehmer nach der Ursache der Arbeitslosigkeit erkundigen? Ich will den Gedanken nicht weiter ausspinnen, über die Höhe der Unterstützung und die Kargenzeit haben sich schon Andere geäußert, es bleibt also nur zu konstatiraten, daß unsere Genossen, wenn sie der beruflichen Thätigkeit entzogen sind, zu ganz verknöckerten Bürokraten werden können. Und da nun mit Einführung der Arbeitslosenunterstützung unzweifelhaft noch einige solche burokratische Verwaltungsbeamte nötig werden, so soll uns auch das ein Grund mit zur Abrechnung des Projektes sein. Also nochmals: einen für Alle erreichbaren Beitrag und den Unterstützungsballast über Bord!

Frankfurt a. M.-Bodenheim.

E. Bornemann, Mechaniker.

Anmerkung der Redaktion. Jeder „Hieb“ des Genossen Bornemann trifft — daneben. Wir halten jedes Wort, das wir über die Frankfurter Resolution vom 14. Dez. d. J. gesagt haben, aufrecht, ja wir felsen noch nicht hinz! Der von Bornemann zitierte Punkt 5 des Erfurter Programms beweist nichts gegen uns, denn dieser Punkt ist wie alle anderen ein Grundatz. Taktik ist aber etwas ganz Anderes, das ist die „Kriegskunst“. Wäre es sonst nicht徒然 gewesen, daß der Frankfurter Parteitag die betr. Anträge ablehnte? Er lehnte sie trotz des Programmzuges ab, weil bei der Zusammensetzung des Reichstages nichts Brauchbares zu erreichen sei! Im sozialdemokratischen Programm stehen noch mehrere Grundätze, z. B.: die direkte Gesetzgebung durch das Volk, das Proportionalwahlrecht usw. Es fällt der sozialdemokratischen Partei aber gar nicht ein, aus taktischen Gründen nicht, diesbezügliche Anträge im Reichstage einzubringen.

Welche Gedankenentgleisung zeigt erst die weitere Aussage Bornemann's! Er meint: „... und doch etwas Brauchbares geschaffen wird, soll eben den Arbeitern die Mitwirkung an der Verwaltung eingeräumt werden.“ Bevor die Arbeiter einen Einfluß auf die Verwaltung ausüben können, muß aber erst etwas Brauchbares, nämlich das Gesetz, das ihnen diesen Einfluß sichert, geschaffen sein! Wer schafft das Gesetz? Der deutsche Reichstag und der Bundesrat! Werden diese Faktoren den Arbeitern den Einfluß auf die Verwaltung schaffen? Rimmermech! — Haben die Arbeiter etwa bei den Berufsgenossenschaften und bei der Invaliditäts- und Altersversicherung den Einfluß, um „etwas Brauchbares“ zu schaffen?

Was wir in Bezug auf die Frankfurter Resolution hinzuzusetzen haben? Wenn das gewerkschaftliche Unterstützungsweisen, speziell die Arbeitslosenunterstützung, schon die „gewiss sagten“ demoralisierenden Folgen hätte, welche Wirkungen hat dann die staatliche, durch die deutsche Reichsbürokratie geleitete Arbeitslosenverwaltung? Die Antwort ist in Nr. 12 durch Umbreit und in Nr. 13 durch Wilms bereits gegeben.

Den Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses über die Arbeitslosenunterstützung halten wir, das erklären wir ausdrücklich, als einen der besten, den er gefaßt hat. Dem Gen. Bornemann wird es natürlich besonders leid thun, daß auch die Mehrheit der Delegirten unseres Verbandes das für gestimmt hat. Und die Mehrheit derselben war auch gegen

den vom Vorstand gestellten Antrag auf Rücktritt von der Generalkommission.

Gen. Bornemann erhebt sich über den „Autoritätsgläubigen“. Wir glauben es ihm gerne, daß es ihm unangenehm ist, sich so in die Enge getrieben zu sehen. Wir gehören auch nicht zu den Heiligenverehrern. Allein wir offenbaren nun den Grund, warum wir diese „Autoritäten“ in das Feld führen! Einzig und allein deshalb, weil einzelne Stücke des Rüstzeugs, denen sich Bornemann und seine näheren Freunde in Frankfurt bei ihrem „Feldzug“ bedienen, gerade dem Urteil dieser jetzt so schändlich von ihnen verleugneten „Autoritäten“ und „Heiligen“, denen keine praktische Erfahrung eigen, entnommen, aber falsch angeendet sind! Da glaubten wir denn eine „Ergänzung“ bietend zu müssen.

Einen Haupttrumpf glaubt B. damit auszuspielen, „daß die meisten Derjenigen, die bisher für die Arbeitslosenunterstützung gekämpft haben, nicht mehr in ihrem Berufe thätig sind.“ Beiläufig ein Argument, welches von den Gegnern der Arbeiterbewegung immer angewendet wird, um einen Gegenschlag zwischen den „Führern“ und Genossen zu konstruieren. Abgesehen aber davon, daß dieser Trick demagogischen Charakters ist, meinen wir, daß er das Gegenthilf dessen beweist, was damit bewiegt werden soll. Denn diese „nicht mehr in ihrem Berufe thätig“ stehen, weil sie persönlich keinen Vortheil von der geplanten Einführung haben, der Sache gewiß objektiver gegenüber als Diejenigen, die eine vorgefasste Meinung haben; der Ersteren Blick ist nicht durch Leidenschaftlichkeit getrübt. Übrigens haben auch Genossen, „die nicht mehr in ihrem Berufe thätig sind“, gegen das Unterstützungsweisen geschrieben.

Bei dieser Gelegenheit konstatirten wir aber, daß die in den Jahren 1893 und 1895 gestellten Anträge auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verein nur von solchen Genossen ausgingen, die „noch in ihrem Berufe thätig sind“! Und auch dieses Jahr sind von mehreren Verwaltungsstellen ähnliche Anträge gestellt, die auch ohne Vorstandsantrag gekommen wären.

Wenn wir aus der bisher passiven Stellung dieser Frage gegenüber nun herausstraten, so gleich es deshalb, weil wir in Folge der früher gestellten Anträge die Frage inzwischen gründlich geprüft haben und auf Grund dieser Prüfung von der Durchführbarkeit und Möglichkeit der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verband überzeugt sind und daher für ihre Einführung unbedenklich eintreten können. Das Gleiche ist der Fall auch bei den anderen Genossen, „die nicht mehr in ihrem Berufe thätig sind“. Das können wir dem Gen. Bornemann sagen: Viele Derjenigen, die jetzt gegen die Arbeitslosenunterstützung reden und schreiben, müssen noch ziemlich lange „als Fabrikarbeiter“ thätig sein, ehe sie so viele praktische Erfahrungen hinter sich haben, wie Scherm und die Andern. Und: gibt es nicht in den Werkstätten auch Leute, die nicht über ihre Nasenspitze hinaussehen, die sich selber als „die Welt“ betrachten? Ist es nicht die steile Lage, daß die Arbeiter ihr eigenes Interesse nicht begreifen?

Woher weiß Gen. B., daß „fast alle, die es angeht, nichts davon wissen wollen“? Dieses „Leitmotiv“ kehrt bei Peterhans, bei Dejung und Bornemann wieder. Wenn Niemand von der Sache etwas wissen will, wožu dann die Aufregung, die Vergeudung von Tinte und Papier? Dann ruhig abwarten und — Thee trinken!

Über die Nützlichkeit der Reiseunterstützung mit B. zu verhandeln, ist fruchtlos, er ist einmal Gegner derselben. An eine Abschaffung derselben braucht er aber gar nicht zu denken. Und aber eine Frage: wie viele Arbeiter gibt es, die mit Ersparnissen auf die Weise gehen? Angeblich können ja die Arbeiter keine 25 ₣ Beitrag erbringen!

Wir sollen auf die „oberflächlichen Leiser“ spekulieren! Gen. Bornemann präsentiert sich daher zum Beweis dafür, daß er nicht auf die „oberflächlichen Leiser“ spekuliert, als ein Reichenkünstler. Er stellt einfach 80 000 Mitglieder mit 15 ₣ Beitrag in Vergleich mit 40 000 und 20 ₣. Geschwindigkeit ist keine Eigenschaft! Zunächst müssen wir die 80 000 bei 15 ₣ erst haben, denn vorher können wir bei 15 und und bei 20 oder 25 ₣ nur 40 000 Mitglieder als Grundlage einer Rechnung nehmen. Wir behaupten nun, daß wenn wir die Arbeitslosenunterstützung bei 25 ₣ einführen, die 80 000 Mitglieder eher vorhanden sind als mit 15 ₣ Beitrag ohne jegliche Unterstützung. Unsere Behauptung wird gestützt durch die Erfahrungen in anderen Gewerkschaften. Auch zeigt es sich, daß die Beiträge in den Organisationen mit Arbeitslosenunterstützung pünktlicher bezahlt werden, daß per Jahr und Mitglied mehr Beiträge eingehen, ein Umstand, den B. nicht in Rechnung zieht. Nehmen wir also selbst an, bei 15 ₣ erreichen wir die 80 000 Mitglieder im selben Zeitraum wie mit 25 ₣ mit Arbeitslosenunterstützung, rechnen wir ferner, daß bei 25 ₣ 49 und bei 15 ₣ 39 Beiträge pro Jahr und Mitglied eingehen, dann ist das finanzielle Resultat:

80 000 × 25 × 49	ℳ 9 80 000
Davon ab für Arbeitslosenunterstützung	ℳ 2 00 000
bleibt für andere Gewerkschaftszwecke	ℳ 780 000
Dagegen 80 000 × 15 × 39	ℳ 4 68 000
mithin bei 25 ₣ mit Arbeitslosenunterstützung	ℳ 312 000
mehr für Kampfzwecke	

Daß unser Reichenexample sicherer eintrifft, als das Bornemann'sche, das zeigen die vorhandenen Organisationen mit Arbeitslosenunterstützung. Wir verweisen hier nur auf die Birchbinder. Diese Organisation zeigt uns ebenso wie die Metallarbeiterorganisationen (Nr. 12) daß es falsch ist, anzunehmen, niedrige Beiträge verbürgen eine höhere Mitgliederzahl, sie beweist uns, daß nur Organisationen mit höheren Beiträgen wirklich etwas leisten und sich dadurch Vertrauen bei den Indifferennten erwerben können. Organisationen mit niedrigen Beiträgen und in Folge dessen Leeren flößen auch dem Unternehmerthum keinen Respekt ein. Glaubt B. etwa, die englischen Schiffbauernäganten würden jetzt so klein beigegeben, wenn die Gewerkschaft der Maschinenbauer nicht über ein Kapital von über 6 Millionen Mark verfügte?

Da kommt aber nun B. und zeigt uns aufrichtig, wie in Frankfurt der Hase noch zu laufen gedient: 5 — sage und schreibe — fünf Pfennige Wochenbeitrag schicken ihm als „Ideal“ vor! Das kann sich noch schön auswählen. Haben

wir erst 15, dann kommen 10 und 5! Wir können B. einstweilen verrathen, daß der ultramontane bayerische Eisenbahnverband nur einen Monatsbeitrag von 5,-^M erhebt. Schließlich kommt noch jemand mit 0,00,-^M "Beitrag". Dann besteht gewiß für Niemand mehr die Ausrede, daß er der "hohen" Beiträge halber nicht vertreten kann. —

Die Anerkennung Bebels auf dem Kölner Parteitag saß Bornemann ebenfalls falsch auf, denn sie läßt sich nur dahin deuten: Wenn in Deutschland die Versicherungsgepflede nicht bestimmt, dann müßten die Gewerkschaften dieses Gebiet kultivieren, weil es zu ihrer Blüthe beitragen würde. Wenn Bebel auch eine Thatsache konstatiert, so folgt für uns dennoch daraus: Da die Arbeitslosenversicherung noch nicht staatlich geregelt ist und in absehbarer Zeit auch nicht geregt wird, so müssen die Gewerkschaften sich dieses Gebiets bemühen, weil es ihren Lebensnerv stärkt. Wenn die Folgerung Bornemann's die richtige wäre, dann thäten wir ja am besten, die Gewerkschaften so bald als möglich aufzulösen.

Gen. Bornemann weckt dann auch noch gegen das vom Vorstand ausgearbeitete Reglement. Wir möchten ihm erfüllen, einen Gegenentwurf zu machen. Bei seinem Raisonement merkt man sofort die Abfahrt der Neubertreibung. Das vorgelegte Reglement ist denen anderer Gewerkschaften nachgebildet. Es heißt in demselben auch nicht, daß bei „Selbstverschuldet Arbeitslosigkeit“ keine Unterstützung bezahlt wird, sondern in Ziffer 11a steht: „bei grober Selbstverschuldung der Arbeitslosigkeit“. Auch das Richtigtatzen ist eine X u n s t.

Auch die „verknöpften Bureaufräten“ marodieren auf und das Schreckgespenst der Vernichtung der Verwaltungsbemalten. Dagegen bricht Bornemann eine Lanze für die staatliche Arbeitslosenversicherung, die eine mehr tausendfach zahlreichere Bureauakutie im Gefolge hätte als sie die Gewerkschaften jemals zeitigen könnten. O verkehrte Welt!

* * *

Organisationsform. Zum Abschluß unseres Verbands hält Kollege Schauer-Hamburg auch die Verschmelzung der einzelnen Sektionen zu allgemeinen Zahlstellen für unbedingt notwendig. Die einzelnen Sektionen Nürnberg's haben diese Frage schon öfters gründlich diskutirt, aber jedesmal sind die Mitglieder zu dem Entschluß gelangt, lieber die jetzige Form beizubehalten, als zu einer Zahlstelle sich zu vereinigen. Gründe: Ich für meine Person halte eine Zahlstelle mit zu großer Mitgliederzahl für denjenigen Ort, wo leichtfertigen Kollegen Gelegenheit geboten ist, ohne Aufsehen vom Verbande zu verschwinden, während in den kleinen Sektionen meistens die Werkstattkollegen Kenntnis von dem Austritt erlangen.

Der Versammlungsbesuch ist durch Besetzen der kleineren Sektionen ebenfalls ein viel besserer als in einer großen Zahlstelle. Dies konnten wir das ganze Jahr hindurch beobachten. Den deutlichsten Beweis aber hat die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung geliefert: Allgemeine Zahlstelle 1600 Mitglieder, hat 180 Stimmen abgegeben; Branchensektion 1500 Mitglieder, über 400 Stimmen. Ebenso bewährt es sich, daß jüngere Kollegen und solche, welche kein besonderes Meisteramt haben, sich in einer kleinen Versammlung viel mehr ihre Meinung zu äußern getrauen, als in einer großen. Jeder Kollege gewinnt aber, wenn er selbst mit in die Debatte eingreifen kann, Interesse an den Versammlungen und der weitere Besuch derselben ist gesichert.

Kollege Schauer behauptet nun weiter, daß eine große Zahl von Mitgliedern dem Unternehmer nicht Respekt einflößt, wie eine kleinere Zahl. Ja, jetzt kann kommt denn bei den Unterhandlungen mit dem Unternehmer die Mitgliederzahl in Betracht? Verhandelt eine kleine Sektion mit im Namen des Deutschen Metallarbeiterverbandes? Stehen nicht hinter 50 Mitgliedern die organisierten Metallarbeiter Deutschlands so gut wie hinter 1000? Stellt unsere Verbandsbasis in einem Ernstfalle nicht gerade so gut zur Verfügung der kleinen Sektionen wie der großen? Die Hauptfache ist, daß wir Geld in der Kasse haben, das flößt dem Unternehmer Respekt ein, nicht die Mitgliederzahl, die momentan mit ihm unterhandelt. Was sollen wir von den Sektionen in kleinen Städten halten, wenn sie so Geiste der Unternehmer sein sollen? Die Schlagfertigkeit, welche durch eine Vereinigung erzielt werden kann, präde ich absolut nicht heraus, so lange bloß ein Drittel der Metallarbeiter organisiert ist.

Aber nun zur Hauptfache. Wird durch eine Vereinigung Erfahrung für den Verband erzielt? Nein, und ehemals Nein. Hätten wir in Nürnberg nur den getingsten Vorteil gejagt, wer weiß, was geschehen wäre, aber nur folgenden Nachteil wäre gerechnet worden: vereinigen sich einzelne Sektionen, so ist unabdingt ein ständiger Berolimäßigter anzustellen, ebenso mindestens zwei Gründler, der Sozialrat müßte ebenfalls seinen erhöhten Leistungen entsprechend honoriert werden. Das Alles zusammengezogen wird die Verwaltungskosten um das Doppelte erhöhen.

Ebenso wird der Mitgliederstand nicht mehr in der erfreulicher Weise steigen wie bisher, denn diese Agitation, welche unsere Stammmitglieder für ihre Sektionen einzuhalten, wird ganz einfach anhören. Bis jetzt höchstens hat ein wichtiger Vertreter unter den Sektionen, um möglichst viele Mitglieder zu gewinnen, eine Sektion will der andere in dieser Sektion nicht nachziehen, und dieser Zustand ist nicht schlecht. Das ist nicht aufregend, und sollte er es sein, so bringt er dem Verband nur Vorteil. So lange nicht das Gegenteil der Fall ist, wird sich die Generalversammlung nicht dazu herausbringen, in Bezug auf die Organisationsform den einzelnen Orten überhaupt etwas einzureden.

Nürnberg.

Ludwig Feitig, Metallarbeiter.

* * *

Straßburg. Im Artikel des Gen. Schreiber's im Nr. 14 war es heutzutage: Das aber im Jahre 1901 mit dem Programm Arbeitszeitverkürzung nicht Realisierter organisiert und unabhängiger organisiert und als mit dem Programm Arbeitszeitverkürzung, das möchte ich „nein und nein“ behaupten.

Korrespondenzen.

Klempner.

Gießen. In der am 27. März abgehaltenen, stark besuchten öffentlichen Versammlung der Klempner legte der Vorsitzende das Ergebnis einer Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Klempner vor. Es ergibt sich daraus: Der höchste Lohn hier am Ort ist pro Woche 22,50,-^M, der niedrigste 13,50,-^M. Von 38 Klempnern waren im verlorenen Jahre 519 arbeitslose und Krankheitstage zu verzeichnen, was auf den Kopf einen Ausfall des Verdienstes von 40,30,-^M beträgt. Die Arbeitszeit beträgt je in der Hälfte der Werkstätten 10 und 10½ Stunden. Gestgestellt konnten 55–60 hier beschäftigte Klempner werden, wovon 40 organisiert. Der Vorsteher führte aus, daß die hiesigen Betriebe alle als sehr mangelhaft zu bezeichnen sind und nicht eine Werkstatt den modernen Ansprüchen genügt, in einzelnen Arbeitsräumen komme nur ein Quadratmeter Arbeitsraum auf den Mann. Es erhebt sich dagegen kein Widerspruch. Die Versammlung konstatiert, daß ein Durchschnittslohn von 18,36,-^M für die hiesigen Klempner zu niedrig sei, denn die Art der Beschäftigung, welche theils Messerschmiedearbeiten, Installations-, Brunn- und Bauarbeiten einschließt, erfordert eine Menge Kleidung und Materialausgaben. Es wurde eine Kommission gewählt, welche einer öffentlichen Versammlung am 3. April einen ausgearbeiteten Lohntarif vorlegen soll, um sofort an die Verbesserung der Verhältnisse hiesiger Klempner zu gehen.

Metall-Arbeiter.

Bitterfeld. Die Organisation der Metallarbeiter ist, nachdem hier ca. 400 beschäftigt sind, noch eine sehr ungemeine zu nennen. Den besten Beweis lieferte uns die am 10. März abgehaltene Versammlung, in welcher Gen. Kochlaß vor etwa 60 Besuchern über die Lage der Metallarbeiter referierte. Es ließen sich auch mehrere Anwesende einzeichnen, und aber trotz aller Mahnung zu der Mitgliederversammlung am 13. März nicht erschienen. Der bisher 14-tägige „Zahlabend“ ist in eine regelmäßige Mitgliederversammlung umgewandelt. Zum Bevollmächtigten wurde Hauelhuhn gewählt, Stellvertreter ist Schönfeld, Schriftführer Köster, Schubert, Elze und Richter fungieren als Beisitzer.

Chemnitz. Am 28. März fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche von ca. 80 Personen besucht war. Genosse Emil Niemann aus Chemnitz schilderte in seinem 1½-stündigen Vortrage die Lage der Metallarbeiter und wie eine Besserung möglich sei. Redner kam auch auf die „Harmoniaapostel“ zu sprechen und legte klar, daß unter der heutigen Produktionsweise ein Zusammenhang zwischen Arbeit und Kapital undenkbar sei, wie es auch unmöglich ist, daß das Großkapital dem Handwerk wieder den ursprünglichen Boden verschaffen kann. Die Lohnverhältnisse in Eisengießereien wurden zur Sprache gebracht; die Akkordpreise führen darin immer mehr und die Arbeitszeit wird eine längere. In 14 Tagen beträgt diese 160–180 Stunden. Die Formen hätten ein notwendigstes, sich zu organisieren, denn der Fortschritt in Maschinenbau sei ein rascher, jetzt schon gibt es Zeichnungen, wo eine Formmaschine viele gelehrte Arbeiter braucht. Redner verzweigt auf die Unternehmer, welche in jeder Art und Weise sich zu Trips, Ringen usw. zusammen schließen, und überall wenn es gegen die Arbeiter geht, zusammenzuhalten. Auch die Arbeitslosenunterstützung bringt Redner zur Sprache und erläutert dieselbe dahin, daß es zum Nutzen unserer Organisation sei. Dies sind einstimmigen Besoll. In der Diskussion wurden Missstände in Fabriken besprochen. Nach einer den Ausführungen des Referenten zustimmenden Resolution schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Metallarbeiter-Verband.

Erlangen. Wenn wir auch einmal die Spalten unserer Zeitung in Anspruch nehmen, so soll es gelten, die Missstände der kleinen Maschinenfabrik Kölle u. Blüger einer Kritik zu unterwerfen. Natürlich sind es der Herr Verfasser und der Herr Buchhalter, welche eine große Rolle spielen. Dieselben sind keine besonderen Freunde der älteren und organisierten Arbeiter, über die jüngeren Arbeiter können sie natürlich nach Belieben handeln und walten. „Der muß raus“, heißt es, und ihre Worte reichen, ohne daß seitens der Herren Fabrikanten nach der eigentlichen Ursache geforscht wird. Wenn der Herr Verfasser gravitätisch die Rude durchschreitet und sich zufällig einer von den Arbeitern nach ihm umdreht, so läuft er denselben mit den Worten an: „Was glauben Sie mich an, Herrgothram!“ Schauen Sie auf Ihre Arbeit.“ Diesen Belehrten holt zu geben ist die Pflicht der Herren Kölle u. Blüger. Letztere werden jedenfalls nicht damit einverstanden sein, daß die Arbeiter so behandelt werden; die Inhaber dieser Firma werden in Arbeiterskreisen als brutal bezeichnet. Und den Arbeitern müßten wir ein Herz legen, daß sie sich ihrer traurigen Lage bewußt werden und der Organisation anschließen, um gemeinsam den Nebengewerken solcher Firmen mit Rückenwind einzugehen zu können.

Fort. Da die hiesigen Metallarbeiter in einer Lohnabrechnung einzutreten gedenken, so bitten wir schon jetzt die ansässigen Kollegen, den Zugang von hier fernzuhalten.

Greiz. In der am 29. März abgehaltenen öffentlichen Versammlung, in welcher Kollege Peter Jenz über die Lage der Metallarbeiter und ihre Organisation referierte, wurde auch eine Agitationkommission gewählt, der die Kollegen König, Berger, Frenzel, Böttig und Finken angehören. Die Stimme zur Generalversammlung ergab: Forderung Greiz 11, Sonder-Jenz 7 Stimmen.

Heddesheim. Wir glauben, daß es bloß dieser Zeilen bedarf, um den Kollegen hier ins Gedächtnis zu rufen, daß sie ja keiner an den Versammlungen beteiligen müssen. Aber ist es nicht eine Schande, wenn von 40 Kollegen nur 7–10 antreten sind? Habt Ihr deshalb eine Ortsverwaltung, das vielleicht bloß auf dem Papier steht? So kann nichts ausgeführt werden, wenn die Kollegen es vorziehen, durch Abwesenheit zu glänzen. Der ist vielleicht Eure Lage eine so glänzende, daß Ihr der Organisation nicht bedürftet? Kollegen, wenn wir uns nicht zum Geiste der Solidaristen, zum Spielball der Dummkopf und Charakterlosigkeit machen lassen wollen, so erscheint in den Versammlungen

Erleicht, daß es unmenschlich ist, 12 und mehr Stunden zu radern und dabei der Willkür des Unternehmers und seiner Untergebenen willenlos preisgegeben zu sein. Nur Mut, Einigkeit und guter Wille der Organisirten nebst starker Organisation kann hierin Wandel schaffen. Daraum auf, Kollegen, erscheint in den Versammlungen, frisch und fröhlich an's Werk!

Köln a. Rh. (Vllg.) Als Delegirter der 23. Wahlabteilung wurde Kollege Giesen-Köln mit 115 von 216 abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgange gewählt. — Zu einer der letzten Mitgliederversammlungen wurde beschlossen, an diejenigen Mitglieder, welche fast regelmäßig die Sitzungen schwänzen, die Zeitung zu kopiertiren, und sind die Kolporteuren auch mit Beitragsmarken versehen. Es ist also den sämigen Kollegen Gelegenheit geboten, ihre Beiträge zu entrichten. Die Zeitungskoportage hat für uns wenigstens das Gute, daß wir einmal ein ernstes Wort mit den „ziel- und klaffenbewußt“ sich nennenden Kollegen sprechen können, und soll dieses auch folglich geschehen. Kollegen! Ist es nicht eine Schande, daß von obigen 216 Stimmen von unserer Filiale bei 60 eingetragenen Mitgliedern nur 19 aufgebracht wurden? Und das von einer Filiale, welche für sich das Recht in Anspruch nimmt, einen Delegirten zur Generalversammlung zu entsenden! Die letzte Versammlung vom 23. März konnte wegen zu schwacher Besuch (es waren sage und schreibe neun Mann anwesend) nicht stattfinden. Da verlor man ja wahrlich den Mut. Die Ortsverwaltung gibt sich die größte Mühe, die Sitzungen interessant zu machen, aber die Mitglieder fehlen. Ja sogar ein Mitglied der Ortsverwaltung hält es in der letzten Zeit gar nicht mehr der Mühe wert in den Sitzungen zu erscheinen! Meint man das den anderen Mitgliedern mit einem guten Beispiel vorzugehen? Wie wollen wir da bei den indifferennten Kollegen agitieren, wenn in unseren eigenen Reihen eine solche Laune herrscht!? Und wie können wir erst daran denken, die hier an Ort bestehenden Missstände zu beseitigen? Kollegen, das muß anders werden, sollen wir hier in Köln zu etwas kommen! Der Karnevalsumzug, welcher hier 3–4 Monate dauert, ist doch vorbei, und so ist es die höchste Zeit, daß sich die Kollegen wieder ihrer Filiale erinnern. Die Natur ist aus ihrem Winterschlaf erwacht und allenfalls feint und grünzt es. Nehmt Euch dies zum Beispiel, erwacht auch Ihr aus Eurer lethargie! Besucht von jetzt ab regelmäßig die Sitzungen, agitire ein jeder nach besten Kräften unter seinen Kollegen, und wir werden auch hier in Köln bald Erfolge aufzuweisen haben. Dann wird auch die Ortsverwaltung mit Lust und Freude an ihre Arbeit herantreten.

Leipzig. Über die Werkstellenangelegenheit von Schelter u. Giesecke, welche in der Versammlung vom 20. März erörtert wurde, ist Folgendes nachzutragen. Franz klagt über unangemessene Behandlung seitens des Meisters Gering sowie eines Vorarbeiters. Sonnabends sei keine Besprechungs- und darüber auch während der Arbeit nicht gegeben werden. Ferner habe Meister Gering einem Kollegen das Wasserrinnen untersagt, weil der Direktor Schreiber in der Nähe sei. Es sei zwar eine Kantine da, jedoch wäre selbig nur während der Mittagsstunde geöffnet. Begründet führt aus, daß über die Kantine noch keine Abrechnung vorliegt, und geht dann näher auf die Arbeitszeit und das Strafsystem ein. Seit 1. Januar sei zwar die 8stündige Arbeitszeit eingeführt, doch nur auf dem Papier, denn es würden 10 und 11 Stunden täglich gearbeitet, die Dreher müßten sogar bis 15 Überstunden pro Woche machen. An zwei Tagen wöchentlich arbeiten leistete von früh 7 Uhr bis Abends halb 10 Uhr, mit nur halbstündiger Mittags- und viertelstündiger Besprechungs- Minuten vor Beginn der Arbeit wird der Kontrollmarkenfaß geschlossen. Wer das erste Mal zu spät kommt, zahlt 10,-^M Strafe, und dies steigt jedesmal um weitere 10,-^M, so daß man es in einer Woche auf 7,80,-^M Strafzabzug bringen kann. Ferner klagt Redner über schlechtes Verdienst der Schlosser. Mancher, der im Altkord arbeiten müßte, käme kaum auf seinen, schon ziemlich niedrigen Lohn. Außerdem müßten die Schlosser den Drehern, die an mehreren Maschinen arbeiten, die letzteren putzen. Strette bemerkt, daß es Zeit würde, daß die Kollegen von Schelter u. Giesecke sich ihrer Klassenzusage bewußt würden, denn die Verhältnisse dort selbst, hauptsächlich der Schlosser und Schriftgießer, seien zum Theil schon seit längerer Zeit unerträglich. Freiwillig würden die Unternehmer niemals Verbesserungen zu Gunsten ihrer Arbeiter einführen, und auch die sogenannte 8stündige Arbeitszeit würde nicht in der Maschinenbauanstalt eingeführt werden, wenn nicht die Schriftgießer diese Arbeitszeit hätten. Er kritisiert ferner das Verhalten des Directors Schreiber, der sich oft 7 bis 10 Minuten vor Beginn der Arbeit am Fabrikthor aufhält, um zu sehen, wie die Arbeiter gegangen und manövriert gewesen kommen. Weiter kritisiert er die Fabrikordnung und fordert die dort arbeitenden Kollegen sämtlich zum Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband auf. Schramm führt aus, daß ein verheiratheter Arbeiter der Firma, der längere Zeit franz und in Not war, auf seine Bitte um Unterstützung aus der Strafkasse vom Director den Bescheid erhielt, er habe genug verdient und hätte sich auf diesen Fall eingezahlt müssen. Dabei soll das Vermögen der betreffenden Firma nach Tausenden zählen. Zweckmäßigster als die Verwendung derartiger Gelder zu Sommervergnügen sei jedenfalls die Unterstützung notleidender Arbeiter. Franz klagt noch über verschiedene leerliegende Arbeitsräume, in denen der Transport von Maschinenteilen fast lebensgefährlich sei. Auch seien manche Schutzvorrichtungen unzureichend und mangelhaft. Dreher Henningtheit die näheren Umstände seiner Entlastung mit. Er war 4 Jahre 8 Monate bei Schelter u. Giesecke beschäftigt und hat die ihm übertragenen Arbeiten laut Zeugnis seit zur größten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten ausgeführt. Seine Fähigung war, ebenfalls laut Zeugnis, todlos. Da er seit einiger Zeit etwas leidend, die Arbeiten an seiner Bank nicht allzu prestant waren, hatte ihm sein Meister vom Überstundenarbeiten dispensirt. Deutlich verblüfft war er, als ihm von letzterem am Dienstag Abend, als er im Begriffe stand, die Arbeitsräume zu verlassen, eröffnet wurde, daß er ihn leider entlassen müsse. Dies geschah denn mit fast unheimlicher Geschwindigkeit. Warum, weiß er heute noch nicht. Der Director Schreiber hat des öfteren erklärt, daß die Arbeiter außerhalb der Fabrik ihm könnten, was sie wollten, nur in der Werkstatt dalde et weder politische noch gewerkschaftliche Agitation

Danach hat Redner stets gewissenhaft gehandelt, so daß auch in dieser Richtung kein Entlassungsgrund gefunden werden könne. Eine Ausserung des Meisters Heinrichs gebe allerdings zu denken, nämlich: "Die Dreharbeiter verdienten viel zu viel, dies könne nicht so weiter gehen." Bedenfalls bringe die Zukunft noch hierüber Aufklärung. Stadte wundert sich, daß so viel über das Bezahlten der Wochenfeiertage bei begagter Firma geredet würde; dies beträfe eigentlich nur die Lohnarbeiter. Außerdem würde jeden dritten Oster-, Pfingst- und Weihnachtstag gearbeitet. Er geizt auch das Feiertagsystem, das noch in vielen Leipziger Fabriken herrscht, so bei Krause, Mansfeld, Kitzchner u. a. Unter diesem System würden die Arbeiter nicht nur vom Unternehmer allein, sondern auch vom eigenen Mitarbeiter ausgebettet. Stadte konstatiert, daß trotz mehrmaliger Aufforderung sich Niemand von den anwesenden Vertretern der Firma zum Wort gemeldet habe, die angeführten Nebelstände demnach auf Wahrheit beruhen müßten. Böhme bedauert, daß er viele alte Kollegen von Schelter u. Giesecke vermissen und glaubt, daß dies auf das Berichterstattungswesen zurückzuführen sei, das dort in ausgeprägtem Maße herrsche. Hartigkeit heist noch mit, daß Meister Gering geäußert habe, wenn von 20 Schlossern, welche anfangen, 19 Mann wieder fortlaufen, dann bleibt immer noch einer da, der sich einrichtet. Marek fordert seine Branchenkollegen, die Schlosser, auf, sich nicht weiterhin als Nutzungen behandeln zu lassen, sondern das Nutzen der Maschinen für die Dreharbeiter zu verweigern. Endlich finden sich zwei Vertheidiger der Firma. Vogt ist bei letzterer als Handarbeiter mit 25,- Stundenlohn eingestellt worden, doch verdient er jetzt im Akkord 25 bis 32 M. Er ist mit den Verhältnissen dort vollständig zufrieden. Bergmann gibt zwar zu, daß Misstände vorhanden sind, doch so schwamm, wie geschildert, seien sie nicht. Er könne sich nicht erniedrigt fühlen, wenn er den Drehern die Faust zuhalten müßte. Stadte konstatiert, daß Vogt jetzt als Schriftgelehrter arbeite und als solcher den hohen Altvordverdienst habe, und nicht als Handarbeiter. Er bedauert weiter, daß Bergmann so wenig Empfindung für das Einiedrigende des Verlangens besitze, den Drehern die Maschinen zu nutzen, und stellt fest, daß er ihm persönlich gegenüber sich anders über die Verhältnisse bei der Firma geäußert habe als hier. Folgendes Ikonstitution findet fast einstimmige Annahme: Die heute im Saale des Pantheon tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung spricht ihre entschiedene Missbilligung über die Zustände bei der Firma Schelter u. Giesecke aus, und erwartet von den Kollegen dieser Firma, daß sie sich jährlings dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen, um den geschilderten Nebelständen besser entgegentreten zu können."

Lübeck. Der Streik der Arbeiter der Firma Karl Thiel u. Söhne ist nach einem 22-tägigen Kampfe durch die Streikenden für beendet erklärt worden. Die Streikenden sind den vereinigten Fabrikanten unterlegen. Die Fabrikanten haben gesiegt, aber es war ein Pyrrhusieg, das sieht man erst jetzt, wo der Streik vorbei ist. Zu den Streik sind eingetreten 165 Verheirathete mit 320 Kindern, 81 Frauen und Mädchen und 63 Ledige. Von dieser großen Zahl sind nur 13 männliche und 2 weibliche Personen zu Streikbrechern geworden. Außerdem wurde noch 4 Personen die Unterstützung entzogen, weil sie nach der Fabrik gegangen waren und um Arbeit angefragt hatten, aber keine erhalten. Die Mehrzahl der Streikenden ist bereits anderweitig untergebracht, und selbst die Herren der Firma Thiel u. Söhne haben dieses Mal Wort gehalten, indem sie die Einschaltung der Streikenden von der Aushebung der Sperrreise abhängig machten. Es sind jetzt schon eine ganze Anzahl dort wieder beschäftigt und werden jeden Tag mehr eingezogen. — Aber befreunten wir einmal die näheren Umstände, unter denen der Streik verloren gegangen ist. Möge dieses den Kollegen anderer Orte eine Rücksichtnahme sein. Ein sehr großes Kontristent der Streikenden stellten ja bekanntlich die Fabrikarbeiter, welche, wie ein Feder weiß, leicht zu erzeugen sind. Unter diesen waren die meisten unorganisiert, und gerade diese Massen war es, welche die Organisirten mit in den Kampf trugen, so daß der Streik juzusagen über Nacht ausbrach. Dann war es auch das erste Zusammenhalten der Fabrikanten, welches mit zu der Niederlage beigetragen hat. Hieran sollten sich die Kollegen ein Beispiel nehmen und unermüdlich für den Verband agitieren. Ferner war wiederum die Geldfrage eine schwierige, da der Fabrikarbeiter-Verband nicht in der Lage war, seine Mitglieder zu unterstützen. Daher mußte die Arbeiterschaft Lübecks das Geld für sie aufbringen, was ungefähr etwas über 2000 M. pro Woche ausmachte. — Über auch von der Polizei wurde den Streikenden Manches in den Weg gelegt. So wurde z. B. das Postenstellen verboten und als grober Unzug betrachtet, weshalb etliche Kollegen zu mehreren Tagen Gefängnis verurtheilt wurden. Überhaupt wurden im Ganzen während des Streiks 21 Jahre 7 Monate und 16 Tage Gefängnis verhängt, wovon 2 unserer Kollegen allein 2 Jahre und 1½ Jahr bekamen. Dieses Alles, könnte man sagen, hätte man vorher bedenken sollen. Zugegangen, aber wie schon oben angeführt, waren die Unorganisierten den Organisierten in Zahl überlegen, so daß der Streik plötzlich ausbrach. Aber eines konnte man nicht wissen, daß sich natürlich organisierte Arbeiter, welche sich sogar sehr gut organisiert nennen, mit Wissen und Willen ihres Hauptvorstandes Streikarbeit machen. Ja selbst ein Mitglied des Hauptvorstandes erklärte hier frei und offen in einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung, daß wäre keine Streikarbeit, da auf der Fabrik, wo gestreikt würde, keine Gießerei vorhanden wäre. Es entzichet sich nun unserer Kenntniß, ob Herr Thiel auch Maurer beschäftigt, aber es muß wohl so sein, denn so viel wie wissen, wurde ein Maurer bestellt, einen durch die Streikbrecher minutiös überwacht herzuholen. Dieser lehnte es aber ab und ging seiner Wege. Wenn Thiel nun keine Maurer beschäftigt, so hätte dieser die Arbeit ja auch machen können, aber der Maurer wird wohl einen anderen Begriff von Unterstützung gehabt haben, als wie die zuerst genannten. — Über troz aller Machinationen und Querreibereien blüht die hiesige Zahnstille des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes lustig weiter. Den Kollegen Lübecks aber möchten wir ans Herz legen, nicht nachzulassen in der Agitation für den Verband, lernt etwas von den Fabrikantenverein und klärt Eure Arbeitskollegen auf, damit sie aufzutreten aus ihrer lethargic. Darum fröhlich auf, Kollegen zur Agitation für den D. M. V.

Leipzig. Betreffs des Artikels aus Greiz in Nr. 11 dieser Zeitung, daß ein vierblättriges Kleebatt mit einer Schuldenlast von 75 M. bei Stadt und Nebel verschwunden ist und die Ortsklasse stark geschädigt worden, verwahre ich mich gegen eine derartige Anschuldigung. Dem Verfasser des Artikels wird es wohl bekannt sein, wenn er kein schwarzes Gedächtnis hat, daß wir uns alle vier bei ihm persönlich abgemeldet haben und ihm das Versprechen gegeben, unsere Schuld zu begleichen, sobald wir anderweitig Arbeit gefunden haben. Was meine Schuld betrifft, so röhrt dieselbe von der Christbaumversteigerung her und beträgt 6,90 M. Das ich aber auch bei meiner Abmeldung zu Weizner darüber gesprochen, daß ich meine Sache in Ordnung bringen werde, gibt mir Herr Weizner in seinem an mich gerichteten Brief selbst zu, lasse mich daher, da ich nicht die Absicht habe oder gehabt habe, die Ortsklasse zu schädigen, weder als gewissenloses Subjekt, noch als Verfänger hinstellen. In diesem Brief teilt er mir noch mit, daß er uns in Nr. 4 aufgefordert habe, unseren Verpflichtungen nachzukommen. Ist dies der Fall, so bedauere ich es aufrichtig, daß ich die Zeitung nicht gelesen habe, denn ich war um diese Zeit auf der Wanderschaft. Neben die Schulden von den anderen drei "Blättern" kann ich nichts sagen, denn das sind meiner Ansicht nach Privatsachen, und habe ich keine Berechtigung, meine Nase in anderen Leute Angelegenheiten zu stecken. Nur das kann ich behaupten, daß Otto Lorenz für die 1,50 M., die er der Ortsklasse schuldete, seine Uhr als Pfand dagelassen hat. Nun aber, Herr Weizner, ein Wort für mich selbst. Wie es mir gegangen ist betreffs meines Lohnes, daß ich denselben nur ratenweise bekommen konnte, wirft Du wohl wissen, denn Du hast mir ja auch schon, trotzdem ich ein gewissenloses Subjekt bin, mit barrem Gelde ausgeschlossen, wenn ich Sonnabends keinen Lohn erhielt. Daß ich unter solchen Umständen gezwungen war, Schulden zu machen, ist wohl jedem klarenden Menschen einleuchtend.

August Böß, Zeilenhauer, Leipzig-Plagwitz, Werzenfelserstr. 26.

Kollar. Eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung fand am 5. März statt, in welcher Kollege Rohlfack über: Was haben die Metallarbeiter zu thun, um bei der gegenwärtigen guten Geschäftslage ihre Lage zu verbessern? sprach. Die Folge der Versammlung war, daß auch die hiesige Verwaltung beschloß, um eine Lohn erhöhung beim hiesigen Geschäft vorstellig zu werden. Kaum war den Herren bekannt geworden, daß wir zu diesem Zweck eine Versammlung abhalten wollten, so wurde uns eine 5 bis 10prozentige Lohn erhöhung versprochen mit der Bitte, daß die Versammlung nicht stattfinden sollte; sie unterblieb daher auch. Unsere Mitgliederversammlung am 16. März mußte sich aber nochmals mit der Frage beschäftigen, weil das Versprechen die Arbeiter nicht vollständig zufriedengestellt hat. Darauf wurde beschlossen, eine 10prozentige Lohn erhöhung auf jedes Gußstück zu fordern. Es wurden vier Kollegen gewählt, um über den Beschluss mit der Firma zu unterhandeln. Unsere Forderung wurde bewilligt bis auf einige Punkte, welche wir später zu erhalten gedachten. — Wir bitten die Kollegen, die Versammlungen besser zu besuchen und treu zum Deutschen Metallarbeiter-Verband zu halten, denn nur durch eine starke Organisation ist es möglich, etwas zu erreichen. Seider sind bei uns noch viele Kollegen, welche die Sache zu leicht nehmen und glauben, es wäre bei uns auch so, wie bei einem Vergnügungsverein. Zum Schlusse ersuchen wir alle restirenden Mitglieder, wegen bevorstehender Abrechnung ihre Beiträge zu entrichten.

Waldhof-Marienheim. Zugang nach Drais Fahrradwerke ist von Metallarbeitern aller Branchen fern zu halten, da daselbst Maßregelungen und Differenzen ausgebrochen sind.

Schlosser u. Maschinenbauer.

München. Zu der Versammlung der Sektion der Schlosser und Maschinenbauer am 27. März erstattete Kollege Kummer Bericht über die vom Verbande ausgegebenen Fragebögen. Leider war das Resultat ein mangelhaftes, was keiner darauf zurückführte, daß die Fragebögen etwas unverständlich waren. Er schlug vor, die Statistik weiter zu führen und empfahl zu diesem Zwecke die von ihm entworfenen Bücher, wonach jeder Arbeiter nach Ablauf jeder Woche Arbeitslohn und Arbeitszeit, eventuell Krankheit oder Arbeitslosigkeit usw. in die betreffenden Rubriken einzutragen hat. Dadurch wird dann am Schluß des Jahres ein vollständiges Bild der ganzen Einommenverhältnisse gegeben werden können. Vorgenannte Bücher wurden von der Versammlung angenommen. Unter Verbandsangelegenheiten kam das in der letzten Nummer der "Metallarbeiter-Zeitung" erschienene Interat zur Sprache, wobei die Versammlung Protest¹ erhob gegen die Aufnahme des Interates der Firma Schuler, Gewürzmühle, indem genanntes Geschäft derartige Akkordsätze bezahlt, daß nur ganz gut eingearbeitete Spezialisten noch etwas verdienen können. Und im Taglohn wird nicht gearbeitet. So war vor einigen Monaten ein Gußpulz dort beschäftigt, der 18 M. in 3 Stunden verdiente. Der selbe verließ die Arbeit und mußte noch 24 M. bezahlen, indem Krankenfeste und Invalidenmarke 42 M. betragen. Und solche Fabrikanten haben die Sterne, in der Nach- und sonstigen Arbeiterpreise zu amoneieren, um neue Opfer zu erhalten.

Schmiede.

Nürnberg. 5. April. 26 Gußschmiede haben heute die Arbeit eingetützt, weil ihre Forderungen in Nr. 11 der "M.-Z." nicht bewilligt wurden. 4 Meister, die 11 Gehilfen beschäftigen, haben die Forderungen bewilligt. Zugang ist streng fernzuhalten!

Zeilenhauer.

Hamburg-Altona. Die hiesigen Zeilenhauer sind in den Ausland getreten. Vom "Berein der Zeilenhauermeister Norddeutschlands" wurde ihnen zugemutet, ihren Arbeitsnachweis zu Gunsten des Meisterarbeitsnachweises anzunehmen und Querreibereien blüht die hiesige Zahnstille des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes lustig weiter. Den Kollegen Lübecks aber möchten wir ans Herz legen, nicht nachzulassen in der Agitation für den Verband, lernt etwas von den Fabrikantenverein und klärt Eure Arbeitskollegen auf, damit sie aufzutreten aus ihrer lethargic. Darum fröhlich auf, Kollegen zur Agitation für den D. M. V.

¹ Der Protest ist sehr deplazirt. Wir können doch unmöglich wissen, wie die Verhältnisse bei Sch. u. M. liegen. Stattdessen protestieren, wäre es viel besser gewesen, uns sofort, nachdem das Interat in Nr. 12 enthalten war, entsprechende Mitteilung zu machen, so aber hat man ruhig auch noch Nr. 13 abgewartet.

heben, widrigenfalls ihnen gekündigt würde. Die versuchte friedliche Beilegung der Differenzen scheiterte.

Robert Götterer, Hamburg-St. Pauli, Ludwigstr. 18 II.

Kiel. Erwiderung. Wenn Kollege Richter soviel Kollegialität besitzt, wie er in Nr. 12 sagt, warum läßt er sich dann erst an seine Pflichten gegenüber seinen Kollegen erinnern und sich juchen. Denn dieses, meine ich, ist keine Privatsache und ich meine, in 5 Minuten kann einer wohl 3,50 M. einem Kollegen gegenüber einzahlen, welche er baar geliehen hat.

H. Schmidt, Zeilenhauer.

An die bei den Innungsmeistern arbeitenden Bau- und Kunstsenschlossergesellen Dresdens.

Die lebhafte Agitation für den baugebundenen Arbeiter- schutz hat drastisch gezeigt, wie gering das Interesse für solche wichtige Fragen bei den Bauschlossern ist. Und wie mit dieser Sache, so steht es mit den nächstliegenden wirtschaftlichen Dingen: die Bauschlosser stehen allen Bestrebungen zur Besserung ihrer Lage gleichgültig gegenüber.

Wer will es denn noch Wunder nehmen, wenn sich einzelne "Krauterer" unter der hohen Protektion der Innung herausnehmen, ihre Arbeiter handwerksmäßig in einen ganz unwürdiges Abhängigkeitsverhältniß zu bringen?

Eine im vorigen Jahre erhobene Enquete der Metallarbeiter in Dresden-Neustadt hat ergeben, daß der Durchschnittslohn der bei den Meistern arbeitenden Bau- und Kunstsenschlossergesellen noch weit niedriger ist, als der der städtischen Straßenkehrer.

Eine Erhebung hat weiter gezeigt, daß bei seinem Handwerk die Gehälter so toll ist, als hier.

Es hat sich herausgestellt, daß in einzelnen Werkstätten geradezu erbarmliche Zustände vorhanden sind.

Und dabei finden wir bei den Kollegen den freien Geist, das erbärmliche Philisterthum, einen ganz bespielsoßen Indifferenzismus.

Soll das immer so bleiben? — Gewiß nicht.

Unmöglich können die Gehälter für die Existenzfähigkeit ihrer Meister verantwortlich gemacht werden. Die Meister müssen durch die Gehälter zur Belebung der Misstände gedrängt werden!

Dies kann am besten und wirksamsten geschehen durch die öffentliche Kritik in Presse und Versammlung. Schöne Erfolge hat eine dahin gehende Bewegung der organisierten Neustädter Metallarbeiter bei den Inhabern großer Betriebe, wie bei den Werften, bei C. Müller, bei Eichbach u.c. gezeigt.

Sollte dies, was bei dem so wichtigen Großunternehmen durch rücksichtlose Kritik möglich geworden ist, nicht viel eher noch bei den Handwerkmeistern erreicht werden können?

So beabsichtigt denn die Lohnkommission in nächster Zeit einen Versammlungsabschluß zu veranstalten, in dem die Werkstattzustände bei den Schlossermeistern der Reihe nach durchgesprochen werden. Hierzu ist es aber dringend nötig, daß die Kommission genaue Angaben über die Werkstattzustände erhält. Sie fordert nun die Kollegen dringend auf, alle auf Werkstattzustände sich beziehende Angaben dem unterzeichneten Vorstehenden der Lohnkommission schleunigst und gewissenhaft mitzuteilen.

Möchten die Bau- und Kunstsenschlossergesellen auf diese Weise Hand aus Werk legen, um ihre eigene Lage zu verbessern. Möchten sie aber vor allen Dingen den Geist, und die erbärmliche Gleichgültigkeit abstreifen und manhaft ihren kämpfenden Kollegen Hilfe leisten. Möchten sie erkennen, daß sie als Metallarbeiter alle Ursache haben, sich dem "Deutschen Metallarbeiter-Verband" anzuschließen und in diesem vereint mit Gleichgesinnten bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen.

Und des rücksichtslosen Kampfes bedarf es dringend. Ohne Kampf kein Sieg.

Arno Reichard,

Borsitzender der Lohnkommission der Neustädter Metallarbeiter, Dresden-Neustadt, Koncordienstr. 62.

Berliner — gebundenes Mandat!

Als reuiger Sünder nehme ich die Spalten unseres Organs in Anspruch. — Es ist wahr, ich habe behauptet, die Berliner hätten ihren Delegirten in Bezug auf die Arbeitslosenunterstützung ein gebundenes Mandat gegeben. Es ist ebenso wahr, daß das nicht der Fall ist. Ich kann sogar nicht einmal bestreiten, daß ich vom Kollegen Berger persönlich eines Besseren belehrt worden bin, und schließlich eine Postkarte an Freind Scherm genügt hätte, um meinen Frethum nicht in die Welt hinauszuposaunen.

Die Ursachen meines Verbrechens will ich, damit die Kollegen mich nicht falsch beurtheilen, hier mittheilen. Wer aufmerksam die "Metallarbeiter-Zeitung" liest, dem wird ohnedies klar sein, welchen Zweck mein Artikel hatte. Den Kollegen Berger zähle ich zu den aufmerksamsten Lesern, und auch er wird und muß gefunden haben, daß ich mich mit dem Für und Wider der Arbeitslosen-Unterstützung in meinem Artikel gar nicht befaßt habe, daß ich selbst dazu in der "Metallarbeiter-Zeitung" bisher überhaupt nicht Stellung nahm. Der Artikel hatte vielmehr nur den Zweck, einen Vorschlag in Bezug auf die Ausführung der Urabstimmung zu machen.

Den Artikel habe ich am 1. März (auf der Reihe) geschrieben. Damals war ich durch Mittheilung eines Kollegen in den guten Glauben versetzt worden, daß die Berliner gebundene Mandate hätten. Ich erwähnte neben Anderem, ganz nebenbei, diejenigen Umstand in meinen Artikel. Und so wenig Wert habe ich der Sache beigelegt, daß ich selbst nach der Unterredung mit Berger vergaß, an Scherm eine Postkarte zu schreiben, die das ganze Verbrechen ungeheure gemacht hätte.

Sowohl meine Entschuldigung, die Hoffentlich dem Kollegen Berger genügen wird.

Wie aber kommt Berger dazu, eine Mücke zu einem Elefanten aufzublasen und von einer "Anklage" zu sprechen, die geeignet ist, die Berliner Delegirten schon vorher unzuständig zu machen? — Solch' blühenden Unfug habe ich lange nicht gelesen. Meine Behauptung soll die Berliner ge-

bündene Mandate hätten), soll dieselben mündtödt machen! — Ja, wo denn? Auf der Generalversammlung? Da soll ein Berliner sich mündtödt machen lassen? Und durch wen? Durch einen Kollegen (d. h. durch mich), der gar nicht delegiert ist? Glaubt denn B. an Fernwirkungen?

Ein Scherz ist's — aber kein guter! Kollege Berger liest zwischen den Zeilen, er urtheilt nach dem Schein, wenn er seinen Artikel mit den Worten schließt:

"Also — Verbreitung falscher Thatsachen wider besseres Wissen!! Daran ist die Absicht erkennbar!" Welche Absicht? Die Berliner mündtödt zu machen? Wollte auch ich nach dem Schein urtheilen, wie Dr. Kollege Berger, so könnten gewisse Vorgänge mich weit eher dazu verleiten, mit etwas greifbareren Gründen zu fragen, ob eine Reihe Berliner Kollegen mich mündtödt machen wollte!

Berlin.

Hermann Rohrlack.

Litterarisches.

Im Verlage von Joh. Sassenbach, Berlin, Invalidenstr. 118, erscheint demnächst eine Broschüre von Bruno Pörsch: *Warum krankt die deutsche Gewerkschaftsbewegung?* Der Verfasser tritt in dieser Arbeit für die Einführung von Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften ein. Da augenblicklich in den meisten Gewerkschaften lebhafte Diskussionen über die Möglichkeit und Nützlichkeit der Arbeitslosenunterstützung stattfinden, so erscheint die betr. Arbeit gerade zur rechten Zeit. Der Preis soll 15 Pf betragen.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg. Sonnabend, 10. April, Abends, halb 9 Uhr, im "Gold. Löwen". Abrechnung vom 1. Quartal.

Alt- und Neugersdorf. Sonntag, 11. April, Nachm. 3 Uhr, in der "Schenkmühle".

Altona. Montag, 12. April, bei P. Meyer, Hospitalstraße 1.

Apolda. Sonnabend, 10. April, Abends, halb 9 Uhr, im "Vorwärts". Abrechnung vom 1. Quartal.

Augsburg. Samstag, 10. April, Abends, 8 Uhr, im "Blauen Hof". Wahl eines Bevollmächtigten.

Barmbek. Sonnabend, 10. April, Abends, halb 9 Uhr, im Verkehrslokal (Buck's Wwe.), Bahnhfstr. 64.

Barmen. Am 10. April, bei Herrn Hünni, Fischertalerstr. 19.

Bodum. Samstag, 10. April, Abends, halb 9 Uhr, bei Halberstadt, Königstr.

Braunschweig. (Beide Sektionen.) Donnerstag, den 22. April, Abends, 8 Uhr, zu Ehren der Delegirten der hier tagenden 3. ordentlichen Generalversammlung im großen Saale des "Hofjäger" Kommers unter Mitwirkung der Bürgervorsteher und verschiedener Arbeitergefangenvereine. Karten à 10 Pf vorher beim Sektionsmitte zu haben.

Braunschweig. (Sektion der Klempner.) Dienstag, den 12. April, Abends, halb 9 Uhr, im "Bayerischen Hof". Abrechnung. Bericht von der Konferenz in Peine. — Die Restanten werden aufgefordert, ihren Büchern nachzukommen.

Braunschweig. (Sektion der Schlosser.) Sonnabend, 10. April, Abends, halb 9 Uhr, in der "Englischen Krone", Engelsstr. Vortrag: Die Arbeitzeit in den Fabriken. Verbandsangelegenheiten.

Breitendiel. Sonntag, 11. April, im Gasthof zum "Grünen Baum". — Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Breslau. (Sektion der Schlosser.) Sonnabend, den 10. April, im "Neptun". Vortrag. Abrechnung. Bericht von der Konferenz.

Cannstatt. (Allg.) Sonnabend, 10. April, im "Stuttgarter Hof". Abrechnung vom 1. Quartal. Bericht der Ortsverwaltung betr. Beitragserhebung.

Quisburg. (Sektion der Feilenhauer.) Sonntag, den 11. April bei Herrn Erichs.

Durlach. Samstag, 10. April, Abends, 8 Uhr, in der "Hoffhalle" — Für die Kollegen in Aue ist Sonntag, den 11. April, Borm. von 11—12 Uhr Aufgabe in der "Blume" dafelb.

Düsseldorf. (Sektion der Dreher.) Samstag, 10. April, Abends, halb 9 Uhr, bei Steuer, Zimmermannstr. 38. Vortrag. Erlangen. Samstag, 10. Mai im "Dürkopp's Hof".

Frankenthal. Samstag, 10. April, Abends, halb 9 Uhr, bei Grieger. Verstüttungsangelegenheiten. — Jede Werkstatt muss zahlreich vertreten sein.

Freiberg i. S. Sonnabend, 17. April, Abends, 8 Uhr, bei Siebold. Abrechnung vom 1. Quartal.

Gießen. Donnerstag, 22. April, Abends, halb 9 Uhr.

Greif. Am 24. April, Abends, 9 Uhr, bei Polhmidt.

Hannover. (Sektion der Klempner u. d. A.) Sonnabend, den 17. April, Abends, halb 9 Uhr, Abends, halb 9 Uhr, bei Künzler, "Postage-Restaurant".

Hannover. (Sektion der Mechaniker u. d. A.) Dienstag, 12. April, bei Künzler, "Postage-Restaurant". Elektrotechnischer Vortrag.

Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 10. April, Abends, halb 9 Uhr, bei Greding, Lange Str. 2. Bericht. Die Versammlungen finden jetzt Sonntags Vormittags 11 Uhr statt. Nächtige neuen Sonntag.

Kalk i. Köln. Samstag, 10. April, Abends, 8 Uhr, bei Heuteshoven. Das Gewerbericht in Wültemberg, der Freitag gegen die letzte Gewerbegegenwahl und deren Erledigung durch den Bezirksausschuss. Referent: Rückels.

Karlsruhe. (Sektion der Schlosser.) Sonntag, 11. April, Borm. halb 10 Uhr, in der "Postkasse".

Korschenbroich. (Sektion der Schlosser und Zupfbläser.) Montag, 12. April, Abends, halb 9 Uhr, im "Gold. Stern", Bahnhofplatz.

Kreuztal. (Allg.) Samstag, 17. April, Abends, halb 9 Uhr, im "Gesellschaftshaus", Steinstr. 26.

Karlsruhe-Würtzburg. Samstag, 10. April, Abends, halb 9 Uhr, im "Ritter". Vorlesung.

Kiel. Mittwoch, 14. April, Abends, 8 Uhr, bei Ahrens, Alte Reihe 8. Vortrag vom Kollegen Quist: Wirtschaftliche Palliativmittel.

Linden-Hannover. (Sekt. d. Feilenhauer u. Schleifer.) Sonnabend, 17. April, Abends, halb 9 Uhr, in der "Stenen Welt".

Lüdenscheid. Montag, 12. April, Abends, halb 9 Uhr, bei Otto Schulz, Beelitzerstr. 34.

Ludwigsburg. Sonntag, 11. April, Nachm. halb 2 Uhr, in Holländer's Brauerei. Die auswärts wohnenden Kollegen werden besonders darauf aufmerksam gemacht.

Menzelwih. Sonnabend, 10. April, Abends, 8 Uhr, bei Dobers. — Abgabe der Bibliotheksbücher.

Mittweida. Sonnabend, 17. April, Abends, halb 9 Uhr, in der "Eintracht". Vortrag.

Mühlhausen i. Th. Sonnabend, 10. April, Abends, 8 Uhr, im "Schwan". Neuwahl eines Käfflers und eines Revisors.

Rostock. Sonnabend, 17. April, Abends, 8 Uhr, in der "Fris. Deuter-Halle".

Schramberg. Sonnabend, 10. April, im Restaurant "Küpfle".

Schwentin. Von jetzt ab alle 4 Wochen Versammlung. Nachtle. am 24. April.

Stettin-Zentr. Sonnabend, 10. April, Abends, 8 Uhr, bei Buhrom, Rosengarten 61. Abrechnung. Stellungnahme zum 1. Mai. Die Klempner haben alle zu erscheinen.

Stuttgart. Seit 1. April wird die Kleiderunterstützung wieder Steinstr. 4, Abends von 7—8 Uhr ausbezahlt.

Wettern. Das Mitgliedsbuch 110 431 des Schlossers Karl Goldenbogen, geb. zu Wendorf am 14. Mai 1878, eingetreten am 25. April 1896 zu Güstrow, ist verloren gegangen und anzuhalten.

Wittendiel. Der Schlosser Emil Würth von Weßbach bei Malsenberg a. M. wird erucht, seine jetzige Adresse anzugeben.

Dresden. Der Klempner Paul Schermann aus Elbing wird erucht, seine Adresse an Windmann, Gaffhaus zur "Bägerburg", Clemmingsstr., betr. Entnahme seiner Papiere einzufordern.

Kaiserslautern. Der Former Robert Uhlmann aus Chemnitz, B. Nr. 105 927, wird erucht, seine Adresse bisher gelungen zu lassen. **D. Lekwing,** Friedrichstr. 39.

Linden-Hannover. (Sekt. d. Feilenhauer u. Schleifer.) Die Adresse des Käfflers ist: Linden vor Hannover, Konradstraße 14.

Ludwigshafen a. Rh. Am Ostermontag im großen Saale des Gesellschaftshauses Abendunterhaltung mit darauf folgendem Tanz.

München. (Sektion der Spengler.) Die Kollegen Max Seidler aus Mindelheim und Adam Schmid aus Würtenberg, beide Spengler, werden dringend erucht, wegen einer wichtigen Angelegenheit ihre Adresse an die Sektion der Spengler München einzufordern.

Neustadt i. H. Die Kleiderunterstützung wird nicht mehr in Parchim, sondern in Neustadt i. H. bei A. Winter, Wasserstr. 104, Mittags von 12—1 und Abends von 6—8 Uhr ausbezahlt.

Pforzheim. Die Wohnung des Käfflers befindet sich jetzt: Ullmenstr. 10. Derselbe nimmt zu jeder Tageszeit Beiträge entgegen. Dasselbe wird auch das Kleingeld ausbezahlt.

Zwickau. Das Kleingeld wird im Verkehrslokal ausbezahlt, woselbst sich auch die Herberge befindet. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist jetzt: Karlstr. 8/11.

Gemeinnützige Versammlungen.

Dresden-Neustadt. Sonnabend, 10. April, im Leipzig's Gasthof im "Pfeilchen", öffentliche Versammlung. Vortrag des Redakteurs Edmund Höller über: Was lehren die Unternehmensverbände. Die Stellung der Neustädter Metallarbeiter zur Freier des 1. Mai. Referent: A. Reichard. Gewerkschaftliches. — Der allgemein angeprochene Punkt, für unbedingte Arbeitsruhe am 1. Mai zu agitieren, erfordert das Ereignen eines jeden Kollegen.

Münche. (Sektion der Siebmacher.) Sonntag, den 11. April, Borm. 10 Uhr, im "Gärtelgarten", Buttermeisterstr. 5, öffentliche Versammlung. Wahl eines Delegirten zum Gewerkschaftsverein.

Schwäb. Gmünd. Montag, 12. April, Abends, 8 Uhr, im Verkehrslokal öffentlicher Vortrag von Gen. Künzler.

Stuttgart. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 10. April, öffentliche Klempner-Versammlung im "Groß. Eberhard", Eberhardstr. Maierstr. Bericht über die Versammlungen.

Zwickau. Sonntag, 18. April, Nachm. halb 3 Uhr, im Ottiger's Referent, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Vortrag: Unternehmensverbände und Arbeitsergebnisse. Abrechnung vom 1. Quartal.

Privat-Anzeigen.

Die Verwaltungen des D. R. B. werden erucht, uns etwaige Anstände bei den in unserem Blatte Arbeit suchenden Firmen sofort unter Angabe der Gründe zu melden.

Nachruf.

Am 22. März verstarb nach kurzem Krankenlager, der Schlosser

Kaymund Schlüter.

Ehre seinem Andenken. **Die Mitglieder der Verwaltung Berlin.**

Nachruf.

Am Donnerstag, den 1. April, Abends 10 $\frac{1}{2}$ Uhr starb nach langem Leiden in Berlin unser wertiges Mitglied, der Schlosser und Mitbegründer unserer heimigen Verwaltungsstelle, Reichstagsabgeordneter für Königsberg i. Pr.

Karl Friedrich Wilhelm Schulze

im Alter von 39 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Als Ausgewiesener aus Berlin unter dem Sozialistengesetz kam er im Jahre 1889 nach Königsberg und hat hier bis zu seinem zu frühen Lebendende für die Interessen des arbeitenden Volkes gewirkt. Wir rufen ihn ein "Muße sanft!" nach. [130]

Ortsverwaltung d. D. R. W. Königsberg i. Pr.

Nachruf.

Am 27. März verstarb noch längerem Leiden unser langjähriges Mitglied

Werner Mengershäuser

im Alter von 57 Jahren. [132]

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsverwaltung Durlach.

Nachruf.

Am 2. April starb nach kurzer Krankheit der former

Hans Grube

im Alter von 41 Jahren. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. [124]

Verwaltungssstelle Schwäb. Gmünd.

Ein tüchtiger Feilenhauer auf alle Arbeit gesucht. [119]

Max Baumer's Wwe., Cham i. W.

Ein tüchtiger Feilenhauer auf dauernde Arbeit gesucht. [122]

F. Dammann, Braunschweig.

Metalldreher und Gießer

für sofortige und dauernde Arbeit bei hohem Lohn gesucht.

Bei zufriedenstellender Leistung Lebensstellung. [120]

Giele & Feldhaus,

Hildesheim.

Ein tüchtiger Feilenhauer auf alle Arbeit gesucht. [121]

H. Fuchs, Feilenhauerstr., Hof i. Boh.

Unterzeichnete sucht für seine neu eingerichtete kleinere Maschinenfabrik einige tüchtige Schlosser und einen Vorarbeiter auf Scheiben- und Stanzmaschinen. Guter Lohn, dauernde Arbeit und Reiseentschädigung zugesichert.

Eduard Bauer, Maschinenfabrik,

Schirnding (Bayern), Oberfr.

Suche zum sofortigen Austritt einen tüchtigen Gesellen. [123]

Otto Benker,

Feilenhauermeister,

Zittau i. S.

</div